

Aus dem Inhalt:

Warnung vor Spitzeln  
Die Verkäufung der Zivilisation  
Braune Blutjustiz  
Hitlers geheime Goldreserve

# Kulturkampf in vollem Gang

## Nationalsozialistische Parteiführer in der Defensive

Der stille Kulturkampf in Deutschland ist plötzlich laut geworden. Die katholische Kirche ist im offenen Kampfe mit der nationalsozialistischen Partei, das heißt mit den Rosenberg, Frick, Göring, Baldur von Schirach. Führende Kleriker sind aus der Reserve hervorgetreten und stellen sich an die Spitze der katholischen Volksbewegung. Die Haltung der Kirche ist selbstbewußter und entschiedener als zuvor. Für die Beurteilung der Lage im Kulturkampf ist jedoch entscheidend, daß es sich um eine echte katholische Volksbewegung handelt. Das Laienelement drängt zum Gegenangriff gegen die nationalsozialistischen Angriffe, und dies Drängen hat wesentlich dazu beigetragen, die Haltung der Kleriker zu stärken.

Es hat manche Vorspiele gegeben, die die jetzige Zuspitzung der Lage ankündigten; die Vorstöße der Hitlerjugend und die Abwehr der katholischen Verbände, die Polizeigesetze gegen die katholischen Organisationen, die Devisenprozesse gegen die Klöster und das Echo, das sie geweckt haben, das Vorgehen nationalsozialistischer Organe gegen die Fronleichnamprozession und die Stärke der katholischen Protestdemonstrationen. In diesem Zusammenhang war die Tatsache interessant, daß an vielen Orten die Militärbehörden sich einer Politik der Verärgerung der katholischen Bevölkerung widersetzt und den kirchlichen Feiern ihren aktiven Schutz gewährt haben.

Jetzt zeigt das Duell zwischen dem Bischof von Münster und den nationalsozialistischen Führern, daß der katholische Widerstand die Zone des Schweigens durchbrochen hat. Ein Versuch der deutschen Glaubensbewegung, in Münster eine Demonstration mit dem Professor Hauer durchzuführen, ist auf aktiven Widerstand der katholischen und kirchlich-protestantischen Bevölkerung gestoßen. Als Antwort darauf wollte Rosenberg in Münster sprechen. Der Bischof von Münster wandte sich an den Oberpräsidenten der Provinz und warnte vor einem Auftreten Rosenbergs. Darauf wurde eine Parade der nationalsozialistischen organisatorischen Macht in Münster veranstaltet, Rosenberg, Lutze und Frick hielten Kampfreden gegen »die Zentrumsprälaten, den immer noch lebendigen Zentrumsgeist«. Rosenberg rief aus: »Die Zentrumsführer kämpfen mit Hilfe der nach Auflösung der politischen Partei noch gebliebenen Organisationen im unterirdischen, aber auch schon offen gegen den neuen Staat!«

Die Zurschaustellung organisatorischer Drills durch die Nationalsozialisten gegen die katholische Volksbewegung vermag die ideologische Schwäche der Nationalsozialisten in diesem Kampfe nicht zu verdecken. Je stärker sie in ihren Kampfreden ihre Anschauungen herausarbeiten, um so schärfer wird der Konflikt. Je schärfer das Evangelium des kriegerischen Nationalismus betont wird, um so erbitterter wird der katholische Widerstand. Wenn Lutze in Münster deklamiert:

»Wir glauben an das Recht der Idee, wir glauben an die Gesetzmäßigkeit unseres Willens, wir glauben an die Richtigkeit unserer Weltanschauung, wir glauben an unseren Führer Adolf Hitler, wir glauben an die rassenmäßig bedingte Ewigkeit des deutschen Volkes und an ein tausendjähriges Deutsches Reich!«

So klingt das gläubigen Ohren schon wie eine Blasphemie. Wenn aber Göring bei dem Frankenfest auf dem Hesselberge im Beisein Streichers verkündet:

»Wenn uns heute die Kirchen zum Glauben mahnen, fragen wir sie, die ein Volk glaubenlos werden ließen, wo sie in dieser schweren Notzeit gewesen sind. Entscheidend ist nicht der Glaube zu diesem oder jenem Dogma, entscheidend ist, wie stark der Glaube an die Zukunft des Volkes ist. Dieser Glaube steht nicht im Widerspruch zu Gott, denn der Allmächtige hat dieses Volk geschaffen, damit es hier auf dieser Erde seinen Platz hat. Indem ich an das Volk und an seine Zukunft glaube, glaube ich an den Allmächtigen, weil das seine beste Schöpfung auf Erden war. Wenn schon noch Wunder geschehen, so war eines die Wiedergeburt des deutschen Volkes, das uns Adolf Hitler gegeben hat.«

so heißt das an die Stelle des katholischen Dogmas ein neues Dogma setzen mit dem Inhalt: der Weg zu Gott geht durch den kriegerischen Nationalismus. An die Stelle von Jesus Christus als Mittler zwischen Gott und den Menschen tritt der nationalsozialistische Nationsbegriff. Das neue nationalsozialistische Dogma verstößt übri-

gens auch gegen den protestantischen Grundgedanken von der unmittelbaren Beziehung des Menschen zu Gott.

Bei solchen klaffenden Gegensätzen auf dem Gebiete des Glaubens ist es nicht ein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche, wenn der Stabschef der SA droht: »Wer uns bekämpft, den schlagen wir nieder, wer uns provoziert, den greifen wir an!« Ganz allgemein gesprochen; wie bei der Arbeiterschaft so sind die nationalsozialistischen Anbeter der reinen Gewalt und der rein organisatorischen Macht auch beim katholischen Volksteil auf eine geistige Schranke gestoßen, über die sie nicht hinwegkommen. Was hinter dem Bischof von Münster steht, ist nicht organisatorische Kraft, sondern eine Volkstimmung, die sich geistiger Gleichschaltung widersetzt.

Nach mehr als zwei Jahren des Machtmonopols und des Terrors ist dies Ergebnis kläglich für das System. Es ist selbstverständlich, daß sich der katholische Wi-

derstand gegen das System nicht auf rein religiöse Dinge beschränkt, sondern daß Fragen der politischen und kulturellen Freiheit und des wirtschaftlichen Drucks hineinspielen, und daß die katholische Volksbewegung ein Teil der aus vielen Lücken fließenden Gesamtopposition gegen das System im Volke ist. Angesichts des Anwachsens der oppositionellen Stimmung zeigen sich Symptome der Unsicherheit im System. Die ausgesprochenen Parteinationalsocialisten empfinden das Problematische ihrer Stellung und ihrer Parteimacht, sie fühlen, daß die Entzauberung der Parteimacht im vollen Gange ist, daß sich neben ihnen andere Mächte aufrichten, die sie langsam aber sicher beiseite drängen. Sie greifen deshalb zu den alten Mitteln, die alle auf dem Glauben an die alleinigmachende Kraft der reinen Organisation beruhen. Aber sie kämpfen heute bereits in der Defensive — nicht mit der Volkstimmung, sondern gegen eine Stimmung, die sich langsam aber sicher immer mehr gegen sie und gegen ihre Methoden wendet.

# Kampfstimmung in Danzig

## Die Opposition fordert Neuwahlen

Wir lesen nun wiederum die »Danziger Volksstimme«, die die braunen Machthaber auf fünf Monate verboten, aber nach drei Monaten wieder freigegeben haben. Schon die umfassende erste Nummer zeigt eine unerschrockene Haltung, die beweist, daß trotz des Verbots der alte Kampfgeist lebt.

Unsere Danziger Genossen können gerade dort eingreifen, wo sie beim Verbot aufgehört haben; sie können auf die Verderblichkeit der Naziwirtschaft hinweisen, die zum Bankrott des Nazismus in Danzig führen muß. Was die »Danziger Volksstimme« während der Wahlen zum Volkstage voraussagen konnte, die Gefahr für die Währung, ist inzwischen eingetroffen. Das Verbot sollte die »Danziger Volksstimme« ruinieren, sie steht

aber in alter Kraft und unerschrockener Verbundenheit mit ihren Lesern ungeschwächt vor neuen Aufgaben, wiederum im Kampf.

Wie lange die Nazis Wahrheiten ertragen können, steht noch dahin. Schon für die erste Nummer nach dem Verbot hat die »Danziger Volksstimme« eine polizeiliche Verwarnung erhalten wegen zweier ... Gerichtsberichte. Der Leidensweg der »Danziger Volksstimme« beginnt also aufs neue. Aber er geht zu Ende, so sicher wie die Naziwirtschaft in Danzig!

## Aktive Opposition

Die oppositionellen Parteien sammeln Unterschriften für ein Volksbegehren für Auflösung des Volkstages und Neuwahlen. Sie hoffen, die dafür nötigen 23.000

Unterschriften in zwei bis drei Tagen zu erreichen.

Die Danziger Sozialdemokraten haben am 5. Juli eine mächtige Protestkundgebung gegen die Politik des Senats in der großen Sporthalle veranstaltet. Die Massenkundgebung ist ohne Störung verlaufen.

## Der nationalsozialistische Terror

Der nationalsozialistische Senat hat eine Reihe von Beamten verhaften lassen, weil sie sich an einer gegen die Nationalsozialisten gerichteten Versammlung des »Verbandes nationaler Beamten« beteiligt haben, der unter deutschnationalem Einfluß steht. Die Verhafteten wurden des Hoch- und Landesverrats beschuldigt. Wegen dieser offenkundigen Verletzung der Verfassungsbestimmungen über die Organisationsfreiheit hat sich die Opposition an den Völkerbundskommissar gewandt. Unter dem Druck des Kommissars hat der Senatspräsident diese Verhafteten wieder freilassen müssen.

Die Danziger SA versucht, die immer stärker werdende Opposition durch neuen Straßenterror einzuschüchtern.

## Der Juristenausschuß

Dem vom Völkerbundsrat in seiner Mai-tagung eingesetzten Juristenkomitee zur Prüfung verschiedener Danziger Fragen werden, wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, folgende Persönlichkeiten angehören: der Staatsrechtslehrer an der Universität Zürich, Prof. Fritz Freiner, der Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes der Niederlande, Jan Koster, und der ehemalige Präsident des Appellationsgerichts in Stockholm und ehemalige schwedische Außenminister, Baron Max von Württemberg.

Der Juristenausschuß wird bis zur nächsten Sitzung des Rates des Völkerbundes, die im September stattfinden wird, wichtige Urteile fällen müssen. Die Petitionen berühren die wichtigsten Gegenstände des innerdanzigen politischen und Rechtslebens, die Fragen der Rechtsgleichheit der Danziger Staatsbürger, des Rechts der freien Meinungsäußerung und hier besonders das Recht der Pressefreiheit in Danzig, das die »Danziger Volksstimme« zum Gegenstand einer an den Hohen Kommissar in Danzig gerichteten Petition gemacht hat.

# Ein neues Zuchthaus-Urteil!

## Leipziger Sozialdemokraten wegen illegaler Arbeit verurteilt

Die gleichgeschaltete Presse veröffentlicht folgenden Bericht über einen geheimen Hochverratsprozeß, der am 30. Juni in Dresden zu Ende gegangen ist:

Nach viertägiger geheimer Verhandlung verkündete am Sonnabend-Abend der Zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts das Urteil in einem Prozeß gegen 16 aus Leipzig und Umgebung stammende Angeklagte, die sich der Verbreitung von Schriften hochverräterischen Inhalts schuldig gemacht hatten. Unter den Angeklagten befanden sich auch zwei ehemalige Redakteure der »Leipziger Volkszeitung«, Kurt Günther und Albert Fichte. Auch bei den übrigen handelt es sich um frühere Angehörige der SPD.

Noch bis in den Juli 1934 hatten sie fortgesetzt in großer Zahl, zumeist in den tschechoslowakischen Emigrantenzentralen hergestellte Schmutz- und Schmähchriften gegen das nationalsozialistische Deutschland, wie den »Neuen Vorwärts« und die »Sozialistische Aktion«, sowie mit irreführenden Titeln wie »Aristoteles«, »Schopenhauer« oder »Die Kunst des Selbstmordens« versehene Broschüren, in denen ganz unverhüllt zum Bürgerkrieg aufgehetzt wurde, eingeschmuggelt

und durch ein Netz von Verteilern und Unterverteilern an den Mann zu bringen versucht. Das Gericht verurteilte die am schwersten belasteten Angeklagten

Günther zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Utrott zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Rothe zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Gasch zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Fichte und Schönfeld zu je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen von 1 Jahr 6 Monaten bis zu 2 Jahren 3 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen einen weiteren wurde das Verfahren eingestellt.

Kein Terrorurteil kann den Widerstand der Arbeiterschaft gegen das System brechen! Der Kampf der illegalen Sozialdemokratie geht weiter, die Arbeit wird im Geiste ihrer Märtyrer fortgesetzt.

## »Zivilisierung« der Kaffern — Verkäuflichkeit der Zivilisation

Das Kulturprogramm des Herrn Rohrbach.

Herr Rohrbach, Sachverständiger des deutschen Kolonialimperialismus, hat ein neues Buch geschrieben. »Deutschlands koloniale Forderung« nennt er es, der Titel erweckt also den Eindruck, als sei Rohrbach ermächtigt, »im Namen des deutschen Volkes« zu sprechen. Doch verstößt er nicht gegen die Ansichten »des Führers«, der im Kampf Kolonien ablehnt? Und ärgert der Rohrbach da nicht den Rosenberg, der ebenfalls der Meinung ist, man habe den für Deutschland notwendigen Raum im Osten zu erobern, nicht in Afrika? Es scheint nicht mal so, denn dem Buch liegt eine Visitenkarte bei: »Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben. München, den 29. September 1934. Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS Schrifttums.« Der erste Satz des Buches lautet:

»Diese Schrift soll zeigen, erstens: daß wir Kolonien brauchen, und zwar heute noch viel dringender als vor dem Weltkrieg, zweitens, daß sie uns auf unehrliche und unwahrhaftige, unsere nationale Ehre beleidigende Art und Weise genommen worden sind, drittens, daß wir einen moralischen und rechtlichen Anspruch auf ihre Rückerstattung haben.«

Beim Lesen des Buches von Rohrbach fragt man sich allerdings oft, ob die Kolonien nicht überhaupt schon wieder von Deutschland beherrscht werden, denn Rohrbach verteilt merkwürdig anmaßende Zensuren an Engländer, Franzosen und Belgier, er spricht ungefähr so, wie der zukünftige Finanzminister sprechen wird, der den nationalsozialistischen Etat zu übernehmen hat.

»In den bald zwanzig Jahren hat sich die britisch-südafrikanische Mandatsverwaltung moralisch und materiell in einer Weise diskreditiert, die nur ein Urteil erlaubt, Unfähigkeit, verbunden mit Unehrlichkeit. Alles, was in Südwest an guten Grundlagen der Wirtschaft und Verwaltung vorhanden ist, reicht in die deutsche Zeit zurück.«

Rohrbach will in Afrika »ein neues Deutschland gründen! Die Idee ist einem, der das heutige, also gegenüber dem neu zu gründenden Deutschland, das alte kennt, außerordentlich sympathisch. Diese Sympathie steigert sich zuweilen geradezu zu Begeisterung, wenn man liest, wie zivilisiert das Leben in dem von Rohrbach erneuerten afrikanischen Deutschland sein soll. O, ihr glücklichen schwarzen Neger, ihr in Kultur schlechmenden Kaffern deutscher Nation, wie zu beneiden ist euer Leben, welch ein Privileg ist es, eurer Rasse zu sein. Rohrbach denkt an einen riesigen Kulturexport nach Afrika. Scheinbar hat er die produzierten Mengen aus vergangener Zeit irgendwo gestapelt, denn daß diese Mengen im heutigen Deutschland produziert sein sollen, ist bei diesem großen Mangel an Kultur vollends unmöglich. Jawohl, Herr Rohrbach will die Kaffern zivilisieren, bis heute hat Deutschland aber nicht den Beweis dafür erbracht, daß es den Kulturexport nötig hat, denn sowohl im wilhelminischen als auch nun wieder im hitlerischen Deutschland vollzog sich eine erbärmliche Verkäuflichkeit der deutschen Zivilisation. Und die Braunen haben die Schwarzen weit in den Schatten gestellt. Herr Rohrbach entdeckt die Unkultur im afrikanischen Urwald, aber warum in die Ferne schweifen, denn die Kaffern sind so nah...!... wo die Gefangenen den grausamsten Martern und erniedrigendsten Beschäftigungen unterlagen. Viele starben, andere wurden wahnsinnig. Eine Schilderung dieser Greuel findet sich in...«

Na, wo? In »Hitler, Deine Opferklagen an«, in Segers »Oranienburg«, in Wolfgang Langhoffs »Moorsoldaten«? Nein... in Hans Grimms Buch, »Der Oelsucher von Duala«. Ach, Gott sei dank, die Marterung der Gefangenen — sie fand ja nicht in Deutschland durch die dortigen Schwarzen statt, nein, nein, in Afrika war es, wo die Schwarzen (aber nicht die von dem Schwarzen Korps Adolf Hitlers!) auf Befehl der Franzosen die Deutschen mißhandelt haben. O, ja, wenn nur einiges aus dem Buche Hans Grimms wahr wäre, so müßte auch hier angeprangert werden, aber sollte Herr Rohrbach, der doch so viel liest und oft genug außerhalb Deutschlands weilt, die afrikanischen Urwaldmethoden nicht kennen, die sich in den deutschen Konzentrationslagern breit gemacht haben? Bleibe im Lande und studiere das gründlich! Aber ach, Herr Rohrbach ist auf diese deutschen Eigenschaften sogar sehr stolz, zitiert er doch Ansprüche von Nichtdeutschen, die besagen, daß im Urwald alles verwildert, und es wohl doch besser wäre, wenn die Deutschen wieder da wären, denn die haben mit ihrer Peitsche Kul-

# Die braune Blutjustiz am Werke

## Reichsbannermann Jänicke hingerichtet

Das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitet folgende Meldung:

»In Halle wurde am Freitag der am 8. April 1888 geborene Karl Jaenecke aus Schönebeck hingerichtet, der vom Sondergericht in Halle wegen Mordes an dem SA-Mann Hausmann und versuchten Mordes an den SA-Männern Siebert und Güllmeister in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 dreimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt worden war.

Der Täter ist ein vielfach vorbestrafter Gewohnheitsverbrecher, der als aktiver Marxist auch wegen anderer Gewalttätigkeiten gegen Nationalsozialisten Strafen erlitten hat. Seine Opfer hat er in feiger und hinterlistiger Weise überfallen.«

Hinter dieser Meldung verbirgt sich ein empörender Justizmord. Bei einem Ueberfall, den Nationalsozialisten am 3. März 1933 in Schönebeck an der Elbe auf einen Reichsbannernzug verübten, kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der SA-Mann Hausmann von einem unbekanntem Täter erstochen wurde. In Schönebeck war die gegenseitige Erbitterung besonders groß, nachdem Anfang 1933 der sozialdemokratische Bürgermeister Kasten von einem nationalsozialistischen Gymnasiasten meuchlings erschossen und der Täter von den Behörden freigelassen worden war.

Der Reichsbannermann Jänicke wurde

des Mordes an Hausmann beschuldigt. Er wurde ganz allgemein — nicht nur von seinen Kameraden, auch von Angehörigen des Bürgertums — für unschuldig gehalten. Er war nicht am unmittelbaren Tatort. Weder seine Statur, noch sein Anzug stimmten mit den Aussagen der Nazizeugen über die Person des Täters überein. Noch während des Prozesses fiel schwerer Verdacht der Täterschaft auf einen anderen Mann. Aber die braune Justiz hielt an Jänicke fest; denn er hatte im Jahre 1932 einen Nazi verprügelt.

Am 11. März 1933 wurde Jänicke vom Schwurgericht in Magdeburg unter der Ausschuldigung, Hausmann erstochen zu haben, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt legte Revision ein. Das Sondergericht Halle verurteilte ihn am 12. Oktober 1934 zum Tode. Sein Unglück wurden seine Vorstrafen. Im Jahre 1912 — im Alter von 24 Jahren — wurde er zu sieben Jahre Zuchthaus verurteilt. Er hatte ein verhaftetes Mädchen befreien wollen, der Schutzmann zog blank und Jänicke griff zum Messer und verwundete den Schutzmann. Nach dem Kriege heiratete er eine Kriegerwitwe. Im Jahre 1924 wurde er in eine Messerstecherei verwickelt. Das genügt den braunen Verbrechern, um ihn zum »vielfach vorbestraften Gewohnheitsverbrecher« zu stempeln!

Angesichts des Alibibeweises von Jänicke, der Unbestimmtheit der Zeugen-

aussagen, der lückenhaften Ermittlungen haben seine Verwandten alles versucht, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Umsonst; nicht einmal die Aufhebung der Vollstreckung des Urteils wurde erreicht.

Es ist ein glatter Justizmord, einer jener empörenden Fälle, die die Schande und Verkommenheit der deutschen Blutsonderjustiz zeigen!

## Hochkonjunktur des Scharfrichters

In der ersten Juliwoche sind im Reich sechs Hinrichtungen mit dem Handbeil vollzogen worden. Fünf Männer und eine Frau, eine Giftmörderin, wurden geköpft. Drei Hinrichtungen betrafen politische Verbrechen. Der eine Fall ist der des Reichsbannernmannes Jänicke, in den beiden anderen Fällen handelt es sich um zwei angebliche Landesverräter.

In einem Falle handelt es sich um Verrat, in einem anderen Falle sogar nur um die »Erforschung« militärischer Geheimnisse. Näheres wurde nicht bekanntgegeben. Man weiß nicht, welches Material dem Gerichtshof vorlag, und was die Verurteilten, deren einer ein Mann von 63 Jahren war, zu ihrer Verteidigung vorbringen konnten. Die Köpfe sind abgeschlagen. Niemand im Volke hatte die Befugnis, zu untersuchen, nachzuprüfen oder auch nur zu fragen, ob hier Recht oder Unrecht geschehen ist.

## Achtung, Gestapo-Spitzel!

Wir warnen alle Emigranten vor dem Gestapo-Spitzel Otto Emil Fechner aus Spandau. Dieser Mann versucht, sich mit Sozialdemokraten im Ausland in Verbindung zu setzen, um sie in die Falle der Gestapo zu locken. Es handelt sich um einen Mann, der von 1920 bis 1922 Redakteur an unserer Spandauer Parteizeitung war, später Bürgermeister in Landeshut in Schlesien. Dort ist er wegen grober Unregelmäßigkeiten aus der Partei entfernt worden.

Fechner hat den folgenden Brief an Emigranten versandt:

Lieber Freund!

Mir ist die Aufgabe gestellt, unseren Dienst wieder in den Gang zu bringen. Ich bitte, mir hierzu die Verbindungen nach und nach zuzuleiten. In den letzten Tagen war ich in Hamburg, ich brauche noch Anschluß an Dorothy Woodmann und Klotz. Sind diese von dort aus erreichbar? Ich will in absehbarer Zeit nach Kopenhagen geschäftlich fahren. Kann ich bis dahin von den Beiden hören?

Mit freundschaftlicher Begrüßung  
gez. Fechner.

Er hat ferner unwahre Angaben über seine Beschäftigung gemacht. In Wahrheit ist er Berichterstatter an der Spandauer Nazizeitung und steht im Dienste der Gestapo. In der Spitzelliste der Sopade wird er

tur gemacht. Hitlers Schwarze sind alle afrikanisch, antreten, marsch, marsch! Die Körperstrafe für Eingeborene wird aber den SS-Leuten nicht ganz genügen, denn üblich waren in Afrika »nur« 25 Hiebe, die waren »den Begriffen der Schwarzen angepaßt und wirkten gesund und gut«. (Rohrbach.) Das neue Deutschland ist anspruchsvoller geworden, denn es ist doch erwacht!

Das Paradies der Neger verwandelt sich also unter der Hand in ein Konzentrationslager, denn die Kritik an den Engländern hatte einen ganz anderen Sinn. Rohrbach bekämpft sie, weil sie zu human, zu wenig verkäufert sind:

»Dabei wird der Schwarze aber immer mehr vom Dünkel gepackt und glaubt schließlich, er sei nun zu gut für wirkliche Arbeit, könne alles, was der Weiße kann. Afrika gehöre überhaupt den schwarzen Afrikanern, und der Weiße habe dort nichts zu suchen.«

Tatsächlich, eine Frechheit von dem Schwarzen und eine Gemeinheit von den Engländern! Hier spricht das neue Deutschland, wie es leibt und lebt!

Hebung der Kultur? Jawohl, in Deutschland! Kolonisation? Jawohl, in Deutschland! Ostelbien ist ein weites und großes Gebiet, dort ist Land zu zivilisieren, dort ist eine Quelle zu verstopfen, aus der so unendlich viel Elend für Deutschland fließt. Macht Ordnung in Deutschland, ihr Herren, da fehlt es an Kultur! Weltverkehr und Welthandel? Jawohl, auch! Beseitigt das neue Zünftertum, die neue Herrschaft der Junker, die Kleinbürgerei und die Brillenmystik

seit längerer Zeit geführt. Seine neuesten Schurkereien veranlassen uns, vor ihm öffentlich zu warnen.

## Seeling — Spitzel der Gestapo

Alex Seeling, bis 1931 Redakteur des Volksblattes in Spandau, steht, wie jetzt zuverlässig erwiesen ist, im Dienste der Gestapo. Er leistet ihr aber nicht nur Spitzeldienste, sondern betätigt sich zugleich als Agent provocateur. Er macht den Versuch, ihm bekannte Personen zu sogenannten »staatsfeindlichen« Handlungen zu veranlassen, um sie dann der Polizei auszuliefern. Er gehört also zum gemeinsten Typ von Polizeispielen. Wir warnen dringend, irgendeine Verbindung mit Seeling zu unterhalten.

Seeling ist ein Mann Anfang der vierziger Jahre. 1931 ist er wegen seines Lebenswandels seiner Stellung als politischer Redakteur entbunden worden. Er war von da an völlig mittellos. Seit einiger Zeit verfügt er über große Geldmittel, die nur aus dem Reptilienfonds der Gestapo stammen können. Seeling ist etwa 1,75 Meter groß und schlank.

beseitigt die Zelle und erleichtert die Einfuhr. Aber wo bliebe da der Nationalsozialismus? Zünfterei einerseits und Weltpolitik andererseits, das ist das alte lächerliche Gemisch des Wilhelminismus. Heute gilt wieder, was Max Weber einst gesagt:

»Eine Nation... die eine kontrollfreie Beamtenherrschaft über sich ergehen läßt, ist kein Herrenvolk und tut besser, ihrem Alltagsgeschäft nachzugehen, anstatt die Eitelkeit zu haben, sich um Weltchicksale zu kümmern.«

## Konzentrationslager Kuhberg

Im Konzentrationslager Kuhberg wird unser Parteigenosse, der frühere Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, immer noch in folternder Haft behalten. Es droht ihm Erblindung infolge der Mißhandlungen. Sein Zustand hat sich verschlimmert, es muß um sein Leben gefürchtet werden. Haß und Rachsucht halten den Ungebrochenen weiter in Gefangenschaft. Er ist Frontkämpfer, er hat im Kriege einen Arm verloren. Es müßte Ehrensache der englischen Frontkämpferdelegation nach Deutschland sein, sich für ihn einzusetzen!

## Mißglückter Ausbruch

Die »Frankfurter Zeitung« meldet: Die Strafkammer Stuttgart befaßte sich mit zwei Ausbrechern aus der Schutzhaft und ihren Helfern. Ein 46jähriger und ein 22jähriger brachen am 1. Mai aus

dem Lager Kuhberg bei Ulm aus, indem sie eine im Vorraum des Kleiderablagerraumes befindliche Schußscharre durch Herauslösen von Steinen mittels der Verschlussstange eines Reisekorbs vergrößerten, durch die Lücke entschlüpfen und einen zweieinhalb Meter hohen Eisenzaun überklettern. Sie erhielten von einer unbekanntem Frau Zivilkleider und wurden mit Hilfe eines jungen Mannes und dessen Stiefvater unter Duldung der Ehefrau in einem Gartenhäuschen versteckt. Die beiden Ausbrecher erhielten je ein Jahr Gefängnis, die Helfer fünf und drei Monate. Die Ehefrau, die keine Anzeige erstattet hatte, wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Lieber tot als Kubberg

Der Kommunist Bechtie wurde nach 20 Monaten Haft im Konzentrationslager Kuhberg entlassen. Kaum war er einige Wochen frei, so wurde er Mitte Mai d. J. erneut aus dem kleinen Spezerelladen heraus, den er betreibt, verhaftet. Um den erneuten Folterungen in diesem Mordlager zu entgehen, versuchte er sich die Pulsadern zu öffnen mit den Worten: »Lieber tot als noch einmal die Folterqualen auf dem Kuhberg.« Gleichzeitig mit ihm wurde seine Braut, die einzig verbliebene Tochter der greisen Mutter von Walter Häbich, der im vorigen Jahre in Dachau ermordet wurde, verhaftet.

## Den Qualen erlegen

Der Antifaschist Link aus Freudenstadt ist im Lager Kuhberg den zweijährigen Folterungen erlegen. Link war württembergischer Landtagsabgeordneter und besonders bei den Werktätigen des Schwarzwaldes populär und beliebt.

## Vom Kulturkampf

Man schreibt uns aus Bayern:

In Sulzbach i. Oberpfalz (Bezirksamtstadt an der Bahnlinie Amberg-Nürnberg) hat der Nazibürgermeister Arendt die katholische Fronleichnamprozession verboten. Das katholische Stadtpfarramt wandte sich an den Garnisonskommandanten der Reichswehr. Das Garnisonskommando erklärte dem Bürgermeister, daß die Prozession stattzufinden habe, wenn er dagegen Einwendungen machen wolle, werde man gegen ihn in München Schritte unternehmen. Die Fronleichnamprozession fand dann auch statt unter starker Beteiligung der Reichswehr. Jedermann hatte das Bewußtsein, daß diese starke Beteiligung der Reichswehr nicht als religiöse Handlung der Soldaten zu bewerten ist, sondern als polizeilicher Schutz der Prozession.

## Die Leibgarde

Wie englische Blätter melden, ist aus motorisierten Truppen ein »Regiment Göring« zusammengestellt worden, das »zur persönlichen Verfügung Görings gehalten« wird.

Motorisiert — vielleicht schon zur Deckung der Flucht?!

# Deutsche Streiflichter

## Der neue Heiland

Papst Pius XI. hat den Bischof von Eichstätt, Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg als Nachfolger des neulich verstorbenen Bischof Bares zum Diözesanbischof von Berlin ernannt. Die Zustimmung der Reichsregierung dürfte nicht mit den angenehmsten Gefühlen erfolgt sein, denn dem Wunsche der Reichsregierung entspricht dieser Urbayer nicht. Sein Vater war ein unbedingter bayrischer Parteikularist. Sowohl als Reichsrat der Krone Bayerns und als solcher Mitglied der ersten bayrischen Kammer, wie als Mitglied der Zentrumsfraktion im Vorkriegsreichstag hat er sich als bayrischer Uradeliger für rein bayrische Interessen bestreut. Es ist nie bekannt geworden, daß der Sohn, der nun Bischof von Berlin geworden ist, sich aus den jahrhundertalten Traditionen seines Geschlechts losgelöst hätte. Die Preysings sind nicht nur mit dem bayrischen Hochadel sondern auch mit der Königsfamilie verknüpft. Ein Bruder des neuen Bischofs ist mit einer Schwester des Exkronprinzen Rupprecht verheiratet, den die bayrischen Monarchisten ihren König nennen. Daß Bischof Preysing geneigt wäre, den Berliner Neuhelden besonders entgegen zu kommen, wird man nicht erwarten können. Allerdings werden die streitbaren Germanen um Rosenberg und Hauer einen Frieden auch gar nicht wollen.

Von den zahllosen Scharmützeln auf dem Kriegsschauplatz zwischen nationalsozialistischer Totalität und konfessionellem Anspruch sei nur ein Zusammenstoß erwähnt, weil er zeigt, wie schwer, wenn nicht unmöglich es ist, überhaupt noch eine Brücke zwischen diesem Staat und der katholischen Kirche zu finden. In Heilberg berief die Kreisorganisation der NSDAP eine Versammlung mit dem Gauschulungsleiter als Redner ein über »Nationalsozialismus und katholische Aktion«. Das war nun schwer mit dem von Hitler, Frick, Göbbels und anderen proklamierten Grundsatz zu vereinbaren, daß auf die Versammlungstribüne nur die Politik gehöre und die Religion in die Kirche. Da offensichtlich religiöse Probleme in die öffentliche Versammlung gezogen wurden, glaubte der ermländische Erzpriester Buchholz ein Wort mitreden zu können. Er kam mit seinem Getreuen in die Versammlung und verhandelte mit dem Gauschulungsleiter und mit dem Kreisleiter um die Möglichkeit einer Diskussionsrede. Damit blitzte er selbstverständlich ab, denn die Nationalsozialisten entscheiden alle Dinge im Himmel und auf Erden. Darauf ging der Erzpriester mit seinen Schäflein hinaus. Der Kreisleiter aber proklamierte, daß sich jeder außerhalb der Volksgemeinschaft stelle, der freiwillig diese Versammlung verlasse, und tatsächlich wagten nur wenige dem Beispiel ihres Priesters zu folgen. Der Himmel ist weit und der nationalsozialistische Terror ist nahe. Zudem zeigt sich noch immer die Schwäche der katholischen Kirche. Die Nationalsozialisten schließen »aus der Volksgemeinschaft« aus. Die Kirche aber wagt bis zur Stunde keine Bestrafung der »Katholiken«, die in führenden amtlichen Stellungen den Kulturkampf begünstigen.

So gut wie passiv steht der deutsche Katholizismus zu, wie die Kreaturen Hitlers den »Führer« vor der Jugend immer mehr vergöttlichen. Baldur von Schirach hat in Thüringen eine politische Jugendfeier in der protestantischen Kirche abgehalten. Orgelklang und religiöse Liturgien umrahmten die Veranstaltung, die in den Worten des hitleischen Jugendführers gipfelte: »Wer nicht an Adolf Hitler glaubt, kann auch nicht an einen Herrgott glauben, wer ihm die Treue bricht, ist ein Kalb, ein Gottesverächter.«

Baldur von Schirach drückt sich sehr temperamentvoll aus. Der Reichsbischof Müller sagt in ruhigen Worten — zum Beispiel auf der Kirchenvorstehertragung in Kassel — dasselbe, wenn er die Kirchenältesten nicht nur auf Gottes Ehre sondern auch auf das »Reich Adolf Hitlers« verpflichtet und seine kirchlichen Ansprachen mit einem dreifachen »Sieg Heil« auf den »Führer« schließt. Der liebe Gott wird noch seine Sorgen mit den Deutschen bekommen. Sowohl mit denen, die ihm Hitler als Gottes Sohn unterworfen möchten, wie mit denen, die erbärmlich schwache Verteidiger des Christentums sind, das sie mit den Lippen bekennen.

## Der neue Gardeoffizier

Wo eine Armee ist, muß es Uniformen geben. Das ist klar. Auch das diese Uniformen nicht gerade häßlich zu sein brauchen, ist richtig. Die jungen Menschen, die sie anziehen müssen, wollen gut und schneidig aussehen. Das ist verständlich. Es war nur leider oft genug so, daß die Soldaten, die sich eine

# Vernichtete Sauberkeit

Uns liegt der stenographische Bericht einer Rede vor, die am 11. Dezember 1934 der wasch- und zielechte Ministerialrat Holtz vor den Beamten des deutschen Rechnungshofes in Potsdam über die Staatshaushaltskontrolle nach der neuen staatsrechtlichen Entwicklung gehalten hat.

Ueber das stille Amüsement der Rechnungshofbeamten können wir aus begreiflichen Gründen nicht berichten. Es war aber, wie es scheint, wirklich unterhaltsam, hatte der brave Holtz doch die Aufgabe, nachzuweisen, daß sich mit der jetzigen Staatshaushaltskontrolle nicht etwa: »wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte, einfach ein Kreislauf geschlossen hätte und die Formen des alten absoluten Staates wieder akut geworden wären.«

Nach jenem Nazi-Höltzchen ist der grundlegende Unterschied, daß der Absolutismus nicht so total gewesen sei wie der Hitlerismus. Wir können ihm in diesem Punkte beistimmen. Die Verschleuderung von Staatsgeld, die Korruption und Finanzschweinereien waren tatsächlich unterm mittelalterlichen Absolutismus nicht so total wie heute in Deutschland.

Wichtig ist, daß auch das geflissentlich naziefreige Höltzchen nicht umhin kann, vor der Staatskontrolle bis 1933, wie sie im Haushaltsrecht festgelegt war, eine tiefe Verbeugung zu machen. Er kann einfach gegenüber der Macht der Tatsachen nicht anders! Er sagte: nachdem er die Staatskontrolle als notwendig anerkannt hatte,

»Aus diesem Grunde brauchte auch im neuen Reiche mit seinen von denen seiner Vorgänger so stark verschiedenen Verfassungs- und Verwaltungsgrundsätzen kaum etwas grundsätzliches geändert zu werden. Sie ist lediglich als Ganzes in das neue Staatssystem eingepaßt worden. Im übrigen aber hat man Haushaltsrecht und Haushaltskontrolle ständig in der bisherigen bewährten Richtung weiter entwickelt.«

Holtz muß verschweigen, weil die »Weiterentwicklung« besteht. Sie drückt sich nämlich darin aus, daß der Rechnungshof des Deutschen Reiches nichts mehr zu sagen hat. Daß seine Berichte, so weit Herr Sämisch überhaupt nicht zu feige ist, etwas ernsthaftes zu revidieren, von der Regierung zu den Akten geschrieben werden. Man kann ja den Teufel nicht bei seiner Großmutter verklagen!

In der Weimarer Zeit wurden die Berichte des Rechnungshofs veröffentlicht und so dem deutschen Volke vorgelegt, im Reichstag wurden die schuldigen Beamten

eigene Uniform leisten konnten, und die Offiziere recht flott angezogen waren, das gemeine Fußvolk aber in unmöglichen Zeug herumliefe, wenn es nicht gerade zur Parade ging. Ob das im neuen deutschen Heere anders wird, steht noch sehr dahin. Die Anzeichen der Wiederkehr des alten Kastengeistes mehren sich. Es scheint, daß die Luftwaffe eine Art Gardekörps im neuen Vorkriegsdeutschland werden soll. Was über die Uniformierung dieser Spezialwaffe bisher veröffentlicht wird, zeugt dafür, daß der Anzug bunter abwechslungsreicher sein wird als bei den Landtruppen. Was wunder, wenn sich der Oberbefehlshaber der Luftwaffe General Göring, wie wir aus der »Kölnischen Zeitung« erfahren, persönlich um die Militärschneiderei verdient gemacht hat. Er hat den kleinen und den großen Abendgesellschaftsanzug für Luftoffiziere entworfen. Der Major von Borcke, der einen Leitfaden durch die verwirrende Fülle der Uniformen und Abzeichen veröffentlicht, teilte mit: »Zum großen Abendgesellschaftsanzug trägt der Offizier Frackhemd und weiße Weste, Fangschnur und breite Metallborte an den Hosen, ein besonders kleidbares Uniformstück, für das das gesamte Offizierskorps seinem Oberbefehlshaber besonderen Dank schuldet.«

Wem will man da einreden, daß dieses so exklusiv kostümierte Offizierskorps eine Stätte für Bauern- und Arbeitersöhne werden würde? Das »Volkshere« ist im Hitlerreiche derselbe Schwindel wie die »Volksgemeinschaft«, über die in Festtagsreden gepredigt, und an die nur von Trotteln geglaubt wird.

## »Viel mittleres Kleinbürgertum«

Im Rückblick auf die Nachkriegszeit staunt man immer wieder wie wenig die

zur Verantwortung gezogen. Der Reichstag hatte das Haushaltsrecht und die Budgetkontrolle so weit durchgebildet, daß schnelle Revision und Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung durchgesetzt waren. Es war ja der Rechnungshof, der den Osthilfeskanal aufdeckte! Es war die Parlamentskontrolle, die den Lohmannskandal ausräumte, es war das Haushaltsrecht, das dafür sorgte, daß keine politische oder beamtliche Korruption im Weimarer Reichsetat einriß. Die Nazi haben deswegen auch keinen einzigen Korruptionsfall im Reichsetat finden können!

Jetzt sollte der Rechnungshof einmal wagen, die Einsammlungen des Winterhilfswerks oder die Ausgaben des Herrn Göring zu revidieren! Die armen Departementsräte mitsamt dem Herrn Höltzchen würden dafür »schwarz« erledigt — aus »Staatsnotwendigkeit« wird die Korruption im Dritten Reich verheimlicht.

Ein Hauptschuldiger an der Bedeutungslosigkeit und Mißachtung, die jetzt der deutsche Rechnungshof in der Welt erfährt, ist der Präsident Sämisch, der bedingungslos zum Nationalsozialismus hinübergekrochen ist, als sein Freund Hugenberg »ausfiel«.

Die Sauberkeit der Haushaltsführung des Reiches war in den Zeiten des Parlaments mit Hilfe des Rechnungshofes gesichert. Das Haushaltsrecht übernahmen die Nazi, weil sie nichts Besseres zu leisten vermögen. Aber seine Anwendung, die Rechnungsprüfung selbst, die Sauberkeit in der Staatswirtschaft haben sie vernichtet.

## Deutsche Steuergeheimnisse

Steuergeschenke an die Unternehmer.

Die Jahresabschlüsse der deutschen Aktiengesellschaften sind außerordentlich lehrreich. Aufschlußreich ist vor allem die Entwicklung der von den Unternehmungen in den letzten Jahren gezahlten Steuern. Zwar gibt es viele Unternehmungen, deren Steueraufwand im Jahre 1934 höher ist als in den vorhergehenden Jahren, doch ist gleichzeitig eine große Masse von Aktiengesellschaften vorhanden, die bei erheblicher Gewinnsteigerung unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ungleich viel geringere Steuern zu zahlen haben als früher. Die Hitlerische Steuergesetzgebung hat sich für die Kapitalisten umgesetzt in recht ansehnliche Steuererleichterungen.

Dafür einige Beispiele:

Portland-Zementwerke Heidelberg A.-G.		
Es betragen die		
	1931	1934
Erträge	6.919.000 Mk.	11.257.000 Mk.
Reingewinn	1.900.000 „	2.257.000 „
Dividende	7%	7%
Besitz- und andere Steuern	1.820.000 „	1.334.000 „

Elektrizitäts-Lieferungs-Ges., Berlin.  
Das Unternehmen wurden im Jahre 1934 reprivatisiert. Hier betragen die:

	1931	1934
Erträge	7.302.000 Mk.	8.469.000 Mk.
Dividende	5%	5%
Besitz- und andere Steuern	1.728.000 Mk.	78.700 Mk.

Bei der Varziner Papierfabrik in Hammerrühle ist von 1932 bis 1934 der Posten Löhne und Gehälter um über 130.000 Mark gesunken. Der Posten »Sonstige Aufwendungen« ist von 684.000 auf 731.000 Mark gestiegen. Als Ueberschuß wurden 1932 1.673.791 Mk., 1934 2.281.175 Mark ausgewiesen. Trotz dieser wesentlichen Steigerung des Ueberschusses wurden 1934 nur insgesamt 64.981 Mk. Steuern gezahlt gegen 105.385 Mk. im Jahre 1932.

Braunschweiger A.-G.  
für Industriebeteiligungen:

	1931/1932	1933/1934
Erträge	758.573 Mk.	1.141.821 Mk.
Dividende	7½%	6½%
Besitz- und andere Steuern	303.456 Mk.	137.892 Mk.

Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Leipzig:  
Erträge insgesamt 13.034.607 Mk. 12.627.628 Mk.  
Steuern 745.431 Mk. 452.468 Mk.

Petschek-Konzern I

	1931	1934
Brutto-Erträge	18.589.000 Mk.	25.251.000 Mk.
Reingewinn	4.800.000 Mk.	4.226.000 Mk.
Dividende	7%	6%
Steuern	4.247.000 Mk.	2.566.000 Mk.

Betragen demnach die Steuererleichterungen bei den mittleren Unternehmungen zehntausende oder auch hunderttausende Mark, so erreichen sie bei den Konzernen schon Millionenbeträge. Diese Steuerpolitik ist um so unsozialer, da man weiß, daß die Steuerbelastung der Arbeiter und Angestellten keine Erleichterung erfahren hat.

Mit Praktizierung des nationalsozialistischen Grundsatzes »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« können die Kapitalisten jedenfalls zufrieden sein.

## Braune Bonzengehälter

Die »Neue Züricher Zeitung« teilt unter 8. Juli 1935 mit, daß die Gehälter der beiden Vorstandsmitglieder der Arbeiterbank Karl Meyer und seines Stellvertreters auf 81.000, bzw. 58.000 Mark erhöht worden sind.

sozialistische Bewegung ihre Kulturarbeit über ihre Mitgliedschaften hinaus propagandistisch auszuwerten wußte. Unsere unzähligen Kulturorganisationen haben jahraus jahrein den Arbeitermassen wirklich Freude und Erhebung gebracht, und zwar auch den Armen und Aermsten, aber von diesen Leistungen hat nicht einmal die Parteipresse gebührend Notiz genommen, und es wurde wohl kaum der Versuch gemacht, die allgemeine Öffentlichkeit zu interessieren. »Kraft durch Freude« hat es leichter, weil man den gesamten Staats- und Presseapparat einsetzen kann. So hat denn auch für den Kongreß von »Kraft und Freude«, der dieser Tage stattfand, die ganze Reklameapparat gearbeitet, und wir haben wieder einmal gehört, daß im neuen Deutschland die Arbeiter in die herrlichsten Erholungsreisen fahren.

Die Arbeiter? Der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 315) ist in einem Bericht über eine Nordlandfahrt mit »Kraft und Freude« ein Geständnis entfallen, das für jeden nichts Neues ist, der die Lage der deutschen Arbeiter kennt, aber die öffentlichen Reden Dr. Robert Leys Lügen straft: an solchen Reisen können Arbeiter aus eigenen Mitteln überhaupt nicht teilnehmen. Der Berichterstatter des Frankfurter Blattes hat zwar eine Arbeiterin auf dem Promenadendeck aufgetrieben, aber sie hat die Fahrt von ihrem Prinzipal geschenkt bekommen, weil sie 30 Jahre bei ihm in Diensten war. Obwohl diese Frau den unwahrscheinlich hohen Bruttolohn von 32 Mark wöchentlich hat, erklärt sie, davon die Kosten für eine Reise nicht sparen zu können, und dabei ist sie alleinstehend. Wo sollen da Väter von Arbeiterfamilien mit meist viel geringerem Lohn sich aus eigenen Mitteln an Reisen von »Kraft und Freude« beteiligen können?

Der Bericht in der »Frankfurter Zeitung« erzählt denn auch recht offenherzig »Viel mittleren Kleinbürgertum ist auf dem Schiff, sie haben die Reise selbst bezahlt und erzählen, voriges Jahr seien sie mit einer Gesellschaftsreise in Oberbayern gewesen, für 60 Mark, riesig lustig.« Na ja, das ist der Jupp vom Kegelklub ins nationalsozialistische übersetzt! Wir gönnen den Leuten ihre Vergnügungsfahrten, soweit sie selbst bezahlen und nicht auch noch die Beitragssummen der Arbeiter in Anspruch nehmen, aber man soll uns mit der Erzählung verschonen, diese Urlaubsreisen alkoholisierender Kleinbürger hätten irgend etwas mit »Sozialismus der Tat« zu schaffen.

Hannes Wink.

## Der Drang nach Wahrheit

Wie der Korrespondent des »8-Uhr-Blattes«, Nürnberg, aus Berlin meldet, sind die in Deutschland jetzt auf unbestimmte Zeit verbotenen »Basier Nachrichten« in einer Auflage von 250.000 bis 300.000 täglich in Deutschland verkauft worden.

## Kein Flüsterwitz!

Vor einigen Tagen konnte man in der Charlottenstraße auf der Rückseite des Staatlichen Schauspielhauses folgende kleine Szene beobachten: Es stand dort eine mehrköpfige Familie, offenbar Fremde, und starrte in das gähnende Loch, das in die Häuserwand gerissen worden war, bis das männliche Mitglied sich an einen vorübergehenden Arbeiter wandte und fragte, ob denn hier die Straße verbreitert werden solle. Der Arbeiter aber blieb stehen und beschrieb mit der Geste des Polykrates einen Kreis um den ganzen Platz und sagte mit Selbstbewußtsein: »Ach wat, det wird doch Görings neues Theater.« (Aus der DAZ, Berlin.)

# Hitlers geheime Goldreserve

## Das Geheimnis der Schachtschen Devisenpolitik

Die Reichsbank hat das Transfermoratorium, durch das sie die Zins- und Tilgungszahlungen nach dem Auslande eingestellt hatte, für ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 1936 verlängert. Sie begründet diesen Schritt, der allerdings niemanden überrascht hat, mit dem Andauern der schlechten Devisenlage.

In der Tat betragen die von der Reichsbank ausgewiesenen Gold- und Devisenmengen nur rund 89 Millionen Reichsmark gegenüber den vor einem Jahr erreichten Tiefstand von 76 Millionen. Nun ist es sicher, daß der deutsche Goldbestand minimal ist. Aber ob er wirklich nur 89 Millionen beträgt, bleibt sehr zweifelhaft. In der englischen Finanzpresse war in letzter Zeit wiederholt die Rede von einem

### geheimen Goldfonds,

über den Schacht neben dem offiziell zugegebenen verfüge. Daß ein solcher existiert, halten auch wir für sehr wahrscheinlich. Vor einiger Zeit sind die früheren Privatnotenbanken des Rechts auf Notenausgabe entkleidet worden. Ihr Goldbestand hätte eigentlich auf die Reichsbank überführt werden müssen. Er betrug rund 70 Millionen. Nie aber sind diese 70 Millionen im Reichsbankausweis sichtbar geworden. Sie sind irgendwo versteckt. Ferner: ein großer Teil der Zahlungsoperationen mit dem Ausland geht über das Tochterinstitut der Reichsbank, die Golddiskontbank. Es ist durchaus möglich, daß bei dieser Bank Devisenvorräte angesammelt sind, die ebenfalls nicht im Reichsbankausweis erscheinen. Schließlich ist es wahrscheinlich, daß Devisen, die aus der Ausfuhr bei den großen Exportfirmen, den Industriekonzernen oder den Banken anfallen und bei der Reichsbank angemeldet werden, nicht im vollen Umfange abgerufen werden, sondern als geheime Reserve der Reichsbank zur Verfügung stehen.

### Verschiebte Zahlungsbilanz

Braucht man an dem Vorhandensein einer verborgenen Goldreserve also an sich nicht zu zweifeln, so läßt sich über deren Höhe kaum ein sicheres Urteil gewinnen. Denn die deutsche Zahlungsbilanz wird mit Absicht völlig undurchsichtig gemacht. Dies gilt vor allem für den wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz, für die Ergebnisse der Handelsbilanz, sobald man sie für die wirkliche Höhe der Deviseneingänge heranziehen will. Man weiß zwar, daß die Handelsbilanz im Jahre 1934 ein Defizit von 284 Millionen aufgewiesen hat, und es ist wahrscheinlich, daß im ersten Halbjahr 1935 das Defizit sich auf rund 200 Millionen belaufen wird. Aber das besagt über die wirkliche Devisenbewegung noch nicht allzu viel, denn bekanntlich hat es Schacht verstanden, einen erheblichen Teil der importierten Waren nicht zu bezahlen. Vor einiger Zeit war er so gütig, diese Warenschulden auf rund 1/2 Milliarde zu schätzen, wobei es natürlich durchaus möglich ist, daß sie auch noch einige hundert Millionen mehr betragen. Jedenfalls deckt dieser neu aufgenommene Zwangskredit bis jetzt reichlich die ausgewiesenen Fehlbeträge der Handelsbilanz. Zwar haben sich einige Länder, namentlich England und Holland, gegen die Nichtbezahlung der gelieferten Waren zur Wehr gesetzt und bis zu einem gewissen Grade auch Bezahlung der aufgelaufenen Schulden erreicht, aber in anderen Ländern sind wieder neue Schulden entstanden, so daß sich die Warenschulden insgesamt keineswegs vermindert haben. Andererseits haben die von Schacht forcierten Importe aus Südosteuropa und Südamerika dazu geführt, daß die dort früher eingefrorenen deutschen Forderungen, die auf ihrem Höhepunkt über 500 Millionen RM. betragen hatten, in Warenform zurückgeflossen sind, so daß in diesem Umfange die Zahlungsbilanz entlastet worden ist. Zudem hatte Rußland 1934 für einige hunderte Millionen frühere Kredite zurückgezahlt und der Rest von 250 Millionen soll zum größten Teil in diesem Jahre getilgt werden. Dem stehen gegenüber die auf Grund von Spezialabkommen bezahlten Zinsen, die die Reichsbank 1934 noch auf 300 bis 400 Millionen beziffert hat, was etwa der Hälfte der Zinsverpflichtungen entsprechen

hätte. Seitdem ist eine neue Verminderung eingetreten, deren genaue Höhe allerdings nicht angegeben wird. Den Zinszahlungen stehen aber gegenüber Deviseneinnahmen der deutschen Seeschiffahrt, die 1933 noch auf 213 Millionen angegeben wurden, sich aber inzwischen verringert haben dürften, und ferner 150 Millionen Einnahmen aus deutschen Kapitalanlagen im Auslande.

Ueberblickt man all diese verschiedenen Angaben, so verstärkt sich trotz ihrer Ungenauigkeit der Eindruck, daß die Ansammlung gewisser geheimer Goldvorräte durchaus nicht ausgeschlossen war. Andererseits ist es nicht wahrscheinlich, daß dieser Goldfonds einen wirklich ins Gewicht fallenden Betrag bereits erreicht hat. Um einige hundert Millionen allerdings könnte es sich schon handeln. Aber als Kriegsfonds ist es eine unbeträchtliche Summe.

### Die Dumpingabgabe der Industrie

Daher auch das Bestreben Schachts, durch weitere Manipulation des Außenhandels sich vermehrten Deviseneingang zu verschaffen. Dies um so mehr, als eine Reihe der früher angeführten Posten, wie die Auftauung der deutschen Guthaben im Auslande und die Rückzahlung der russischen Kredite nunmehr liquidiert sind und auch das Eingehen neuer Warenschulden immer schwieriger wird. Wir haben bereits berichtet, daß versucht wurde, die große Dumpingabgabe der deutschen Industrie einfach durch Schreiben der Berufsverbände an die einzelnen Unternehmungen einzuführen. Man hatte diesen Weg gewählt, damit die deutsche Regierung Rekrimationen des Auslands gegen-

über darauf hinweisen könnte, daß es sich ja gar nicht um gesetzliche Maßnahmen der Regierung, sondern um private Selbsthilfe der Industrie handle. Trotz aller Gleichschaltung der Wirtschaftsführer erwies sich aber das Verfahren als undurchführbar. Die Industriellen setzten der Abgabe, die 2 bis 8 Prozent ihres Umsatzes wegsteuert, nach wie vor heftigen Widerstand entgegen und bestritten den Berufsverbänden das Recht, solche Steuern zu erheben. Schließlich erließ die Regierung im Reichsanzeiger vom 28. Juni ein »Gesetz über Erhebung von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft«. Der merkwürdige Text lautet:

»Die Reichswirtschaftskammer kann Anordnungen treffen über die Erhebung und Verwendung von Umlagen durch Gruppen oder Vereinigungen von Unternehmern und Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft als Organe der Selbstverwaltung und über die Einziehung und Beitreibung solcher Umlagen durch Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern oder sonstige öffentlich-rechtliche Vereinigungen von Unternehmern und Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft.«

Es ist klar, daß auch dieser Text nur zu Tarnungszwecken gewählt worden ist, denn die Reichswirtschaftskammer, der plötzlich von der Diktatur ein Stück Steuerhoheit übertragen wird, wird natürlich nichts verordnen, was ihr nicht vorher Schacht verordnet hat. Dem Ausland gegenüber aber soll der Schein aufrecht erhalten werden, daß nicht die Regierung, sondern die Organisation der privaten Wirtschaft für das Dumping verantwortlich sei. Daher auch die völlige Zurückhaltung der deutschen Presse, die das für die Nichteingeweihten unver-

ständige Gesetzkommentarlos bringen mußte und sich auch bisher aller weiteren Erörterungen enthält. Die Belastung ist für die Industrie umso schwerer, als sie die Umlage nicht durch eine Erhöhung der Inlandspreise abwälzen soll. Sie soll auf Kosten der Gewinne, der Reservenbildung, der Abschreibungen und Neuinvestitionen gehen. Ob freilich, trotz Gördeleer, Preis-erhöhungen wirklich unterlassen werden, ist mehr als zweifelhaft. Die Umlage soll 720 Millionen RM. — fast das Dreifache der Körperschaftssteuer — erbringen, der Restbetrag bis zu einer Milliarde von der Golddiskontbank aufgebracht werden. Man schätzt, daß damit ein rund 25-prozentiger Zuschuß auf alle Exporte gewährt werden kann. Da für eine Reihe von Exportvorgängen Zuschüsse in dieser Höhe nicht erforderlich sind, kann das Dumping bei anderen Waren um so stärker betrieben werden.

Nun ist das Dumping für die nationalsozialistische Aera nichts neues. Bisher aber wurden die Exportprämien zu einem wesentlichen Teil aufgebracht aus den Gewinnen, die auf Kosten der Auslandsgläubiger durch den Rückkauf von deutschen Schuldverschreibungen, Scrips usw. gemacht wurden. Dieses Verfahren, das immerhin den ausländischen Gläubigern die Realisierung ihrer Guthaben ermöglichte, kommt jetzt in Fortfall. Schacht hat kein Interesse mehr daran, die ausländischen Schulden zu vermindern, da er ja ohnedies Zinsen und Tilgung nicht zahlt. Er zwingt jetzt die Industrie selbst, ihre Schleuderkonkurrenz zu finanzieren.

### Eine Milliarde wird auf dem Steuerweg der deutschen Volkswirtschaft entzogen, um sie an das Ausland zu verschenken.

Zu solchen verzweifelten Mitteln muß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik greifen, um sich die Devisen zu verschaffen, die sie für die Einfuhr der Rüstungsrohstoffe benötigt.

Dr. Richard Kern.

## Die Waffen der Arbeitsschlacht

Ende April 1935 waren bei den Arbeitsämtern 2,23 Millionen Arbeitslose gemeldet. Die Zahl war damit »um nicht weniger als 3 Millionen geringer als vor zwei Jahren«, heißt es im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 5. Juni. Mit welchen Mitteln ist dieser Erfolg der »Arbeitsschlacht« erzielt worden? Wäre es ein echter Aufschwung, dann könnte der Lohn aus den Einnahmen der Unternehmer bezahlt werden. So ist es aber nicht. Wie sich aus den amtlichen Zahlen nachweisen läßt, besteht fast der ganze Erfolg der Arbeitsschlacht darin, daß die Verbesserung der Arbeitslosenstatistik mittelbar oder unmittelbar mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Das Wie der Arbeitsschlacht ist aber keineswegs gleichgültig. Die Unternehmer bezahlen bei normaler Konjunktur die Löhne letzten Endes aus dem Einkommen der Verbraucher, das Dritte Reich aber bezahlt sie mit Schuldenmachen. Bei echtem Aufschwung steigt nicht nur die Zahl der Arbeiter, sondern auch ihr Lohn, der unechte, mit öffentlichen Mitteln bezahlte Aufschwung des Hitlerreiches bewirkt Lohndruck und Teuerung.

1.

Den Arbeitsdienst gab es schon vor Hitler. Er ist im Reichshaushaltsplan 1934/35 zusammen mit der SA mit 250 Mill. Kostenzuschuß bedacht. Ende 1934 war die Zahl der Arbeitsdienstler nicht größer als Ende 1932, nämlich jetzt wie damals rund 250.000. Damals war man aber so korrekt, aus öffentlichen Mitteln Entlohnung als Arbeitslose anzusehen, das Dritte Reich zählt sie zu den Beschäftigten. Um diese 250.000 hat sich also die Zahl der Arbeitslosen nur auf dem Papier der Arbeitslosenstatistik, nicht in Wirklichkeit vermindert.

Die Reichszuschüsse für Notstandsarbeiten heißen »Grundgebühren«. Sie beträgt je Tag und angesetzten Arbeiter 3 Mk. Die Reichsanstalt hat dafür bis jetzt 550 Millionen bereitgestellt. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist im Verlauf des Jahres 1934 stark eingeschränkt worden. Ende 1932 waren es rund 270.000, jetzt sind es rund 90.000. Das Dritte Reich hat also die Arbeitslosenstatistik um rund 180.000 Notstandsarbeiter entlastet.

Im Reichsautobahnbau waren für 1934 rund 500 Millionen vorgesehen. Ende Oktober waren dabei unmittelbar 70.000, mittelbar in den Lieferindustrien 110.000 Menschen, also insgesamt 180.000 Menschen beschäftigt.

Das ergibt also für diese Kategorie aus dem Arbeitslosenheer Entlassener 250.000 + 180.000 + 180.000 = rund 600.000.

2.

320.000 heimatlustige Paare sind mit Ehestandsdarlehen in Gesamthöhe von 150 Mill. bedacht worden. 320.000 weibliche Arbeiter mußten sich verpflichten, aus der Erwerbsarbeit auszuschneiden. Ende des vorigen Jahres hatte Staatssekretär Reinhardt sich gerühmt, durch die Ehestandsdarlehen, die allerdings inzwischen eingestellt worden sind, rund 400.000 bis 500.000 Menschen mittelbar und unmittelbar zusätzlich in Beschäftigung gebracht zu haben.

Durch die Umstellung und Gleichschaltung von Beamtenschaft, Polizei und Wehrmacht sind abgebaute Beamte zum Teil in Pension geschickt, zum Teil ohne Aussicht auf entlohnte Arbeit entlassen worden. Sie scheiden aus der Arbeit aus, zumeist ohne als Arbeitslose registriert zu werden. Sie werden durch »Zuverlässigere« ersetzt. Ueberdies gelangen durch die Einrichtung neuer Ämter, Propagandaministerium, Luftfahrtministerium, 25 Ueberwachungstellen, bisher Arbeitslose in Arbeit und entlasten Arbeitsämter und Arbeitslosenstatistik. Auch die ungefähr 50.000 Deutsche, Juden und Marxisten, die seit Januar Deutschland verlassen haben, um Kerker und Tod, jedenfalls aber der Hölle des Dritten Reiches zu entgehen, sind eine moralische Belastung des Regimes, aber eine Entlastung für seine Arbeitslosenstatistik.

Die Gruppe derer, die vom Arbeitsmarkt verschwunden sind, ohne in den Produktionsprozeß eingereicht zu werden, kann gleichfalls auf mindestens 600.000 veranschlagt werden, das ist ein Fünftel der in der Arbeitsschlacht eroberten Zahlen.

3.

Die Reichsanstalt gewährt den Bauern für die Beschäftigung eines Landhelfers eine Beihilfe aus ihren Mitteln, davon soll der Bauer Lohn und Arbeitgeberbeiträge bezahlen. Für das Rechnungsjahr 1934/35 ist die Zahl der Landhelfer auf 160.000 festgesetzt worden. Dazu kommt das »Landjahr« mit 20.000 Schülern, also 180.000, deren Unterhalt vom Staat aufgebracht wird. Das gilt auch für die neuangestellten Hausgehilfinnen. Hitler hat die Einstellung von »Dienstpersonal« den »Herrschaften« dadurch erleichtert, daß er ihnen die Sozialversicherungsbeiträge gestrichen und ihnen gestattet hat, bei den Abzügen zur Einkommensteuer die Hausgehilfinnen als unmündige Kinder zu

behandeln. Hitler verschafft den feinen Damen Erleichterung ihres schweren Daseins auf Kosten des Reiches. Staatssekretär Reinhardt hat die Zahl der durch dieses Geschenk an die vornehmen Leute mehr eingestellten Hausangestellten auf 100.000 beziffert.

Es sind also 300.000, ein Zehntel siegreicher Arbeitsschlacht, denen der Lohn vom Reich bezahlt wird.

Die mit diesen Waffen geschlagene Arbeitsschlacht hat ergeben die Verminderung der Arbeitslosen um 600.000 + 600.000 + 300.000 = 1.500.000. Damit ist der Sieg in der Schlacht der Arbeit zur Hälfte erkämpft.

Damit sind die Mittel, durch Uebernahme der Lohnzahlung durch das Reich die Unternehmer zur Mehrereinstellung von Arbeitern anzureizen, längst nicht erschöpft. Dazu gehören noch die Zuschüsse für Hausreparaturen. Allein dafür wurden rund 500 Millionen zur Verfügung gestellt. Dazu gehört die Herabsetzung der Frachttarife bei Beförderung von Arbeitsmaterial, Steuerbefreiung bei Investitionen, Herabsetzung der Umsatzsteuer für den Großhandel, die ihn veranlassen soll, seine Lager zu vergrößern. Dazu kommt der allgemeine Druck auf die Löhne und die allseitige Teuerung. Dazu gehört vor allem, daß der viel gerühmte »Aufschwung« zugestandenmaßen auf »Staatskonjunktur«, d. h. auf gut bezahlten Rüstungsaufträgen beruht. Fast die gesamte Arbeitsschlacht wird also mittelbar und unmittelbar mit öffentlichen Mitteln oder, was im Dritten Reich gleichbedeutend ist, durch Anhäufung von Schulden finanziert. Das Regime schwebt zwischen den beiden Gefahren, entweder in den Strudel der Inflation zu geraten oder an der Klippe der Arbeitslosigkeit zu scheitern.

G. A. Frey.

## Telefonspitzel

Aus Nürnberg wird uns mitgeteilt: Alle verdächtigen Personen, die privat oder im Kontor einen Telefonapparat haben, erhalten eines Tages den Besuch eines Telefonarbeiters, der ihren Apparat nachsieht, weil sich bei der Zentrale ständig Störungen zeigen, wenn diese Nummer gerufen werde. Tatsächlich findet der Telefonarbeiter, daß die Störung im Apparat liegt, kommt am nächsten Tage mit einem neuen Apparat wieder und der Telefonteilnehmer ist von diesem Augenblicke an bei jedem Gespräch, das er mit dem neuen Apparat führt, mit der entsprechenden Abteilung der Polizeidirektion verbunden und alle seine Gespräche werden abgehört.

# Hakenkreuz über der Mainlinie!

Das Dritte Reich — Zerstörer der Reichseinheit!

Innerhalb und außerhalb des eisernen Vorhangs, hinter dem die braunen Eroberer das deutsche Volk ihren hochnotpeinlichen Prozeduren unterziehen, findet man häufig Männer, heimliche und offene Gegner des Dritten Reiches, die bei aller Kritik dem Nationalsozialismus eine staatspolitische Leistung zuzubilligen geneigt sind. Was Bismarck, was Weimar nicht gelungen sei, die endgültige Liquidierung der deutschen Kleinstaaterei, die Beseitigung der partikularistischen Komplexe des deutschen Westens und des deutschen Südens: das habe endlich der »Führer« geschafft. Jetzt erst habe sich der Traum von der deutschen Reichseinheit verwirklicht, und wenn die besten Kämpfer der deutschen Einheitsidee aus dem Vormärz heute aus himmlischen Gefilden auf die realpolitische Inkarnation ihrer Gedanken durch Hitler herabsehen könnten, so würden sie den Meister loben.

Diese Perspektive gehört heute zu den Elementarsätzen der nationalsozialistischen Geschichtslehre. Ihre Verlogenheit wetteifert mit ihrer Primitivität. Da jedoch in allen Dingen, die das Dritte Reich und die von ihm politisch und psychologisch unaufhörlich »erzogenen« Menschen betreffen, mit allen Tatsachen und Erkenntnissen wieder ganz von vorn begonnen werden muß, so ist es nötig, die heutige »totale« braune Reichseinheit genauer zu überprüfen.

Die Märzahlen von 1933, deren Ergebnisse Hitler trotz mangelnder Mehrheit den Vorwand zu alleiniger Machtergreifung lieferten, brachten eine interessante Erscheinung. Die Welle des Nationalsozialismus — darüber bestand bei aller Behinderung der freien Wahl, bei allem begründeten Verdacht der Fälschung kein Zweifel — hatte die politischen, kulturellen, religiösen und psychologischen Grenzziehungen innerhalb Deutschlands jäh überflutet. Zwar waren für ihn in den protestantischen Gebieten Ostelbiens prozentual erheblich mehr Stimmen abgegeben worden als im katholischen Rheinland; aber andererseits war z. B. in Bayern die Bayrische Volkspartei mit ihren bis zuletzt noch heftigen Widerstand proklamierenden Führern von den Nazis überflügelt worden. Sie hatte die bayrische Volkseele nach altem, früher oft bewährtem Rezept gegen »Berlin«, wo bereits Hitler residierte, mobilisiert, nicht ohne erkennen zu geben, daß man sich schließlich gegen gewisse partikularistische Konzessionen mit den Räubern der politischen Freiheit und den Exekutoren des Terrors abgefunden hätte.

Mit »Berlin« aber hatte nicht nur Hitler, sondern auch Preußen gesiegt. Der bayrische Ausgangspunkt Hitlers betrifft nur den Standort, wofür durch die Münchner Rätezeit gewisse geschichtliche Ursachen vorlagen, aber keineswegs der Geist und die innere Disposition der nationalsozialistischen Bewegung. Sie entstammte der Welt der absoluten Subordination, machtpolitisch ausgedrückt im Militarismus. Die durch das preußische Medium zitierte braune Armee drang durch die breite Bresche politischer, wirtschaftlicher und sozialer Volksverwirrung, die den Glauben an die Kraft der eigenen Verantwortlichkeit und damit an die Demokratie auf tiefste erschütterte hatte. Altpreußischer Absolutismus organisierte und gestaltete die Front der neudeutschen Despotie, die die »Nation« eroberte und niederwarf. Die »Einheit zwischen Volk und Staat« wurde weder durch den Staat noch durch das Volk geschaffen, sondern durch den Machtpruch des Diktators. Ein Akt der Volksunterwerfung soll nun vor dem Forum der Geschichte in den endlichen Sieg der Reichseinheit verwandelt werden.

Darin liegt eine tiefe Erniedrigung der Idee. Alle diejenigen, die für sie Blut und Leben hingegeben hatten, sahen die Verwirklichung der Reichseinheit immer nur in ihrer Verbindung mit der politischen Freiheit. Die Jung-Hegelianer, die Männer des »Jungen Deutsch-

land«, die frühen sozialistischen Erwecker und Erzieher haben die ersten Barrikadenkämpfe um die deutsche Freiheit mit politischen Gedanken und einer Weltanschauung vorbereitet, deren Herzstück die Humanitätslehre war, als Sinnerfüllung der Gleichheit eines jeglichen Menschenantlitzes. Mit ihrer Vernichtung hat Hitler die Idee der deutschen Einheit geschändet und an ihrer wahren Erfüllung verhindert.

Wie aber fügen sich in Hitlers großpreußische Reichseinheit die Länder und

des Westens hielt sich mit einigen Gründen eher zum deutschen Pionier berufen — gegenüber jenen Leuten aus dem Osten mit oft verdächtig slawischen Namen. Der Reichtum der Landschaft, die durch Kunst und Baudenkmäler repräsentierte Geschichte, die Nuancen der Sprache: immer schwangen diese Imponderabilien bei allen politischen Auseinandersetzungen mit. Der Katholizismus gab die religiös-weltanschaulichen Untertöne. Er besaß seine großen Stützpunkte im Westen mit einer gewaltigen Macht über Sachen und Seelen,

blick mit sichtbarer Widerlegung der alten Vorurteile geworden war.

Nun ist dem Hitlerheere die Ueberumpelung gelungen. Braune und schwarze Stiefel haben die politische und psychologische Problematik des deutschen Volkstums und der natürlichen seelischen Landschaftsgliederung »überwunden«. In den Amtsstuben, in den Schulen, an den Universitäten haben sich im Süden wie im Westen Deutschlands nun überall »Preußen« eingenistet, wenn nicht der Herkunft, so doch nach der Meinung breiter Volkskreise dem Wesen nach, Menschenverächter mit der Reitpeitsche, furchterregende Amtswalter aller Grade, die selber wieder in Furcht um Amt und Leben gehalten werden, Kreaturen, die wieder Kreaturen erzeugen. Es ist, wenigstens nach oben und nach außen hin, alles einheitlich und gleichgeschaltet, niedergeworfen durch den neupreußischen Krückstock und Gamaschenknopf eines »Führers«, dem gegenüber Friedrich Wilhelm I. von Preußen beinahe in die Reihe der bedeutenden Vorkämpfer der Menschenwürde gehört. Westdeutschland und Süddeutschland sind mit allen ihren politischen, sozialen und menschlichen Varianten dick überkrustet von der braunen preußischen Invasion...

## Die Teilung Deutschlands



Der Krieg hat Deutschlands Einheit nicht zerstört  
Sie verteilen Deutschland unter sich

die Provinzen ein, die nie aufhörten, ihre politische und psychologische Distanz zum Preußentum zu bewahren? Wie lange hat sich das Rheinland der systematischen Borussifizierung nach 1815 widersetzt, damals, als man von Berlin aus Heere ostelbischer Beamter an die »gefährdete« Westgrenze schickte! Die rheinische liberale Bourgeoisie verharrete jahrzehntelang im Widerstand gegen die zentralisierende preußische Reaktion, und die »Rheinische Zeitung« von 1842, zu deren Chefredakteur Karl Marx berufen wurde, hatte die Aufgabe, das rheinische Bewußtsein der politischen Freiheit, Erbe der französischen Revolution und der napoleonischen Gesetzgebung, gegen die preußische Beamtenhierarchie wachzuhalten.

Eine jahrtausendalte Kultur setzte sich in der politischen Haltung wie in der gesamten Lebensauffassung aufs stärkste von den ostelbischen Regierungs- und Kolonisierungsmethoden ab. Der Deutsche

die der Berliner protestantischen Bürokratie immer ein Buch mit sieben Siegeln war. Noch bis in die Kriegsjahre hinein wurde den Katholiken in der Verwaltung der westlichen Provinzen ein entsprechender Einfluß versagt. Noch immer waren die »Katholen« der militärischen und zivilen Oberschicht Preußens verdächtig. Vollends die Mainlinie! Das süddeutsche Menschentum bietet die reichhaltigste Musterkarte volklicher Differenzierungen, mitgeprägt durch eine Ländergeschichte, die jahrhundertlang ihren Hauptakzent im Antipreußischen besaß. Der süddeutsche Partikularismus, oft im Kleinen und Lächerlichen verfangen, war zum Teil politische und menschliche Auflehnung gegen den anspruchsvolleren und unhöflichen Imperativ des Borussentums berlinischer Prägung. Das saß dem Volke jenseits des Mains so elementar im Blute, daß sie gegen Männer aus »Berlin« auch dann noch von tiefstem Mißtrauen erfüllt waren, als aus Preußen eine freiheitliche Repu-

Nein, diese Reichseinheit war nicht gemeint. Sie entwickelt aus sich selbst Kräfte des Widerspruchs und der Zersetzung, die für jeden genaueren Beobachter längst erkennbar geworden sind. Die wachsende innere Auflehnung fängt an — ein Vorgang, der aufs deutlichste verfolgt zu werden verdient — sich nach den alten Landschaften und bisherigen staatlichen Bindungen zu ordnen. Sie wendet sich an den urwüchsigen geschichtlichen Zusammenhang des süddeutschen und des westdeutschen Volkstums und entzündet aus dem Haß gegen den Unterdrücker die stärksten Impulse zur Ablösung von diesem System. Das vollzieht sich durch einen einfachen, logischen Umbruch, der auch dem letzten im Volke zur lebendigen Anschauung wird. Die einstige Feindseligkeit gegen Preußen verwandelt sich in Feindschaft gegen das Dritte Reich.

Wer mit Hitlergegnern aus dem Süden oder aus dem Westen spricht, stößt immer wieder auf solche Anschauungen, vor allem bei Katholiken. In einer großen Zentrumskundgebung im Juni 1932 in Köln, auf der Brüning, der einige Wochen vorher gestürzte Kanzler, sprach, führte der Vorsitzende wörtlich aus: »Von den Türmen des Kölner Doms grüßen wir die Türme der Frankfurter Paulskirche, die Türme der Münchner Frauenkirche und den Turm von St. Stephan in Wien«. Jeder verstand. Schon lag über der Versammlung die Vorahnung des uniformierten Anmarsches des freiheitsfeindlichen und antikatholischen Preußentums. Es gab minutenlangen rasenden Beifall. Täuschen wir uns nicht darüber: Solche Gedanken gehen im unterirdischen Deutschland des Westens und des Südens wieder von Mund zu Mund und haben in phantastischen Verkleidungen Massen für sich gewonnen.

Wir brauchen nicht zu sagen, daß sie nicht die unsrigen sind. Wir bleiben der sozialistischen und zugleich deutschen Tradition treu, dem Kampfe für die wahre Einheit aller deutschen Länder und Stämme auf dem Boden der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Heute mehr als je! Denn das ist erwiesen: unter Hitlers Führung ist dieser großen Idee deutscher Geschichte eine Wunde geschlagen worden, zu deren Wiedergutmachung Generationen deutscher Menschen den ganzen Einsatz ihrer politischen und moralischen Kräfte benötigen werden. Andreas Howard.

# Die Stellung des Angeklagten im Dritten Reich

Nicht allein, daß die Strafgesetze im Dritten Reich vermehrt, das Strafmaß gesteigert, der Strafvollzug barbarisiert und auf Vernichtung des Menschen eingestellt wurde, auch die Rechte des Angeklagten sind verkürzt worden. Zahlreiche strafprozessuale Vorschriften, die die Wahrheitsfindung und bis zu einem gewissen, wenn auch geringen Prozentsatz fehlerfreie Urteile sichern sollten, sind aufgehoben oder abgeändert worden, so daß man sich, wenn man alle die Schreckensurteile liest, stets vor Augen halten muß, daß der von einem deutschen Gericht Verurteilte nicht unter dem früheren in der Strafprozeßordnung, in der Rechtsanwaltsordnung und in zahlreichen anderen Nebengesetzen niedergelegtem Rechtsschutz steht.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat über alle Angeklagten im Dritten Reich durch den Erlaß des Ministers des Innern vom 26. April 1933 eine ungeheure Macht:

»Das Geheime Staatspolizeiamt kann die den Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung obliegenden Aufgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit zum Vollzug durch eigene Beamte oder solche der Staatspolizeistellen übernehmen.«

In der Strafprozeßordnung sind einige wichtige Formalvorschriften aufgehoben worden. Bei der Zustellung von Entscheidungen genügt jetzt eine formlose Mitteilung, und die verschiedenen Fristen, die in der Strafprozeßordnung vorgesehen sind, beginnen sofort zu laufen; Einspruchsfristen, Anmeldung der Revision etc. In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen kann jedes Mitglied eines deutschen Gerichts und jeder beliebige Amtsrichter als Ermittlungsrichter bestellt werden. Bei den Strafsachen vor dem Reichsgericht entfällt dann die Voruntersuchung, wenn der Tatbestand einfach liegt und nach Auffassung des Oberreichsanwalts, der die Anklage vertritt, die Voruntersuchung für die Vorbereitung zur Hauptverhandlung nicht erforderlich ist. Nach § 10 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke etc. vom 28. Februar 1933 gilt dies auch für die Oberlandesgerichte.

Überhaupt hat man die wegen Hoch- und Landesverrats Angeklagten unter ein gekürztes Sonderrecht gestellt.

Nach § 1 der Verordnung vom 18. März 1933 bedarf es keines Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens mehr. Wenn der Vorsitzende die gesetzlichen Voraussetzungen für gegeben erachtet, setzt er einfach die Hauptverhandlung an. Er ist allmächtig. Er beschließt über die Anordnung oder Fortdauer der Untersuchungshaft. Das Verfahren wird dadurch verkürzt, daß mit der Einreichung der Anklageschrift alle Wirkungen eintreten, die sonst an die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses nach der Strafprozeßordnung geknüpft sind. In diesen Bestimmungen wird deutlich, daß man die Richter besonders aus-

gesucht hat, denn es heißt im § 2 der angezogenen Verordnung, daß für die Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niedriger Ordnung es bei den Vorschriften der Strafprozeßordnung über den Eröffnungsbeschluss »sein Bewenden behält«.

Nach der Verordnung über die Sondergerichte vom 21. März 1933 sind die Sondergerichte auch dann zuständig (§ 3), wenn ein zu ihrer Zuständigkeit gehörendes Verbrechen oder Vergehen zugleich den Tatbestand einer anderen strafbaren Handlung erfüllt. Nach § 9 dieses nur mit drei Richtern zusammengesetzten Gerichts (Vorsitzender und zwei Beisitzer) gibt es keine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl, der Haftprüfungstermin fällt demnach vollkommen weg. Der Vorsitzende des Gerichts hat über Beschwerden in eigener Sache zu entscheiden, eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt, und in die Anklageschrift sind nur die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen aufzunehmen. Die Ladungsfrist, die sonst acht Tage nach § 217 der Strafprozeßordnung beträgt, muß bis auf drei Tage und kann auf 24 Stunden herabgesetzt werden. Das Sondergericht ist auch dann souverän, wenn es sich bei der Verhandlung ergibt, daß der Angeklagte gar nicht vor das Sondergericht gehört, es sei denn, daß sich die Tat als ein Verbrechen oder Vergehen darstellt, über das das Reichsgericht oder Oberlandesgericht abzuurteilen hätte.

Schließlich ist es nicht notwendig, im Gegensatz zu § 273, Abs. 2, der StPo., die Ergebnisse der Vernehmungen in das Protokoll über die Hauptverhandlung aufzunehmen, was alle künftigen Wiederaufnahmeverfahren fast unmöglich macht.

Der Angeklagte, der vor den Volksgerichtshof kommt, kann in den Saal des ehemaligen Herrenhauses nur eintreten mit den Worten »Laß alle Hoffnung fahren«. Nach § 2 des Gesetzes zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934, Kap. 3, werden die Mitglieder des Volksgerichtshofes und ihre Stellvertreter auf Vorschlag des Reichsjustizministers vom Reichskanzler Hitler auf die Dauer von fünf Jahren ernannt. Der Volksgerichtshof ist zuständig für alle Vergehen des Hoch- und Landesverrats, des Hochverrats und aller sonstigen Ausnahmebestimmungen zum Schutze des nationalsozialistischen Staates. Er kann aber auch andere Vergehen und Verbrechen in die Verhandlung einbeziehen, wenn er das für erforderlich erachtet. Die Wahl des Verteidigers ist von der Genehmigung durch den Vorsitzenden abhängig. Der Vorsitzende hat, genau wie bei den Sondergerichten, die Macht, über Fortdauer der Haft souverän zu entscheiden, Haftprüfungstermine finden nicht statt. Eine Voruntersuchung ebenfalls nicht, sie kann, wenn

es der Vorsitzende für gut befindet, nachträglich angeordnet werden. Das Vermögen kann bereits bei einer Sache, die beim Volksgericht anhängig ist, beschlagnahmt werden, wenn die öffentliche Klage erhoben oder Haftbefehl erlassen worden ist. Sogar die Staatsanwaltschaft kann diese Beschlagnahme anordnen, allerdings muß das Gericht diese Anordnung binnen drei Tagen bestätigen. Alle strafprozessualen Sicherungsvorschriften sind zugunsten einer Beschleunigung des Verfahrens aufgehoben worden. Selbstverständlich ist, daß gegen das Urteil des Volksgerichtshofes eine Berufung oder gar Anmeldung der Revision unmöglich ist. Dieses nach Frank-Freilerchen Intentionen zusammengesetzte Gericht ist das Revolutionstribunal des nationalsozialistischen Staates. Hier wird der Wille der Hitler-Göring-Göbbels gegen die Opposition vollstreckt!

Die Gnadenvorschriften sind in einer späteren Verordnung vom 6. Februar 1935 erschwert worden. Hitler persönlich hat bei Todesstrafen und bei Strafen wegen Hoch- und Landesverrats, bei Strafen gegen Soldaten das Gnadenrecht auszuüben, und so sehr auch bisher geforscht wurde, Angeklagte, die vom Volksgerichtshof für Jahre ins Zuchthaus geschickt wurden, sind noch nie begnadigt worden.

Früher hat man es als ein großes Unrecht empfunden, daß das Reichsgericht in Hoch- und Landesverratsachen in erster und letzter Instanz urteilte, und wir wissen, wie schwer es ist, ein Fehlurteil zur Aufhebung zu bringen. Heute sind alle bescheidenen Anfänge einer so notwendigen Reform für Jahrzehnte verschüttet. Wer heute, ob aus kriminellen oder politischen Gründen, in die Klauen der braunen Justiz gerät, findet sich einem durchlöchernten Strafprozeßrecht und einem nationalsozialistischem Parteiengericht gegenüber. Hermann Walter.

## Jahrmarkt in der Schule

Es wird geschachtelt und geseppelt, geschnorrt und erpreßt.

Reichsminister Rust hat wieder mal einen Erlaß über »Störungen des Schulbetriebs« herausgegeben. Er tut das von Zeit zu Zeit, scheint aber wenig Erfolg damit zu haben, denn er muß seine Ge- und Verbote in regelmäßigen Abständen wiederholen. Dann erfährt man jedesmal, was in den deutschen Schulen eigentlich vorgeht und in welchem Maße die Klassenzimmer bereits zu Tummelplätzen der Reklame, der Schnorrerei und des patriotisch verbrämten Hausierhandels geworden sind. Diesmal sieht sich der braune Bildungsoberrats veranlaßt, auf folgende unglaubliche Mißbräuche hinzuweisen:

»Öffentliche Sammlungen und sammlungsfähige Veranstaltungen bedürfen, wenn sie innerhalb der Schulen durchgeführt werden sollen, der besonderen Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde.«

Bis jetzt wurde also ohne Genehmigung wild darauf los gesammelt.

»Veranstaltungen dritter Personen oder Stellen für die Schule, wie z. B. Vorträge, Vorführungen, Rezitationen und dergl., die innerhalb der Schule stattfinden sollen, bedürfen grundsätzlich der Genehmigung. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein besonderer unterrichtlicher Wert der Veranstaltung anzuerkennen ist.«

Jeder kann sich denken, was für zweifelhafte Tendenz- und Kunstdarbietungen bisher — natürlich auch ohne jede Genehmigung — auf die im Werturteil unsicheren Schulknäuel losgelassen wurden.

»Eine Bekanntgabe von Empfehlungen, z. B. zum Bezug von Zeitschriften, Ankauf von Kalendern, Losen, Besuch von Veranstaltungen usw. während der Unterrichtsstunden ist verboten.«

In den Pausen darf von den Lehrern oder von außenstehenden alten Kämpfern lustig weiter haustert werden. Leidtragend sind die Geldtaschen der Eltern.

»Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis, daß der Besuch von Veranstaltungen dritter Personen oder Stellen außerhalb der Schule, wie z. B. von Theatern, Ausstellungen usw., sofern Eintrittsgeld erhoben wird, grundsätzlich freiwillig ist, und daß jeder unmittelbare oder mittelbare Druck auf die Schüler zur Teilnahme untersagt ist. Der Besuch solcher Veranstaltungen während der Schulzeit ist unzulässig.«

»... daß der Besuch grundsätzlich freiwillig ist.« Man kennt die »Freiwilligkeit« und man kennt die »Grundsätze« im Dritten Reich. Es wird so weitergehen wie bisher; die Kinder werden — wie bisher — nach Hause kommen und den Eltern verkünden: »Unser Lehrer hat gesagt, jedes deutsche Kind muß sich das ansehen. Ihr sollt uns Eintrittsgeld geben.« Da gibt es keinen »Zwang«, da steht kein Gerichtsvollzieher dahinter, aber wer das Geld nicht mitbringt, ist eben kein »deutsches Kind« und wird — dem Rustschen Erlaß zum Trotz — schlief angesehen.

Ungenehmigte Sammlungen, ungenehmigte Vorführungen, Vorträge, Rezitationen, Feilbietung von Zeitschriften, Kalendern, Losen, Eintrittskarten und Abzeichen während der Unterrichtsstunden, Ausfall von ganzen Unterrichtsvormittagen und statt dessen Besuch zweitrangiger Darbietungen — darf man sich wundern, daß (wie Rust selbst zugeben muß) »vielfache Klagen über fortschreitende Störung der Arbeit in den Schulen« laut werden? Darf man sich wundern, daß alles Ansehen des deutschen Lehrwesens längst verwirtschaftet ist? Da können alle Erlässe nichts helfen: solange das Hakenkreuz über Deutschland lastet, gibt es keine Rettung für die deutsche Schule.

## Erziehungsschlächterei

Aus dem »Daheim«:

»Nicht schönes Mädchen... aus altem deutschen Geschlecht... artsam, in der Erziehungsschlächterei... sucht Freund, ... der mit beiden Beinen im Dritten Reich steht...«

Das wird ein schönes Schlachten werden...

## Das Geheimnis vom Hilligenhof

»Wenn der Erbhofbauer vom Hilligenhof über seine Felder stapft, schweren Schrittes, als zögere der ausgreifende Fuß, sich von den satten Klumpen fruchtbarer schlesischer Scholle zu lösen, so wird sein stahlharter, blauer Blick von Weichheit überflutet. »Oh Heimat, oh Mutterboden!« Beglückt fühlt er das markige Bauernblut von sechs Generationen in seinen Adern klopfen, altes, gutes Erberinnern erfüllt ihn ganz, und mit kernigem Lächeln breitet er die Arme seinem blonden Knäblein entgegen, das durch reifendes Korn auf ihn zuspringt...«

So begann der Jubiläumsartikel im »Hilligendorfer Bauernboten«, der mit dem Aufbruch zum morgigen Ehrentag unseres allgeschätzten Volksgenossen und gleichzeitigen Amtswalters in althergebrachter Brauchtwamsweise würdig zu bogehent. Der Anlaß zu diesem beinahe dichterischen Erguß war in der Tat kein geringer, denn vor genau 300 Jahren wurde jener historische Kaufvertrag abgeschlossen, der den Hilligenhof in die Hand der Ur-Ur-Ur-Urgroßeltern unseres Jubiläars brachte.

Zur Zeit, da der Artikel in Satz ging, schritt der Hilligenhofbauer übrigens wirklich mit den soeben beschriebenen »schweren Schritten« über einen Feldweg. Leider sprang ihm jedoch kein blondes Knäblein entgegen, sondern der Samenhändler Abraham Seligsohn, dessen Anblick erschreckende Blicke in die Wangen des Alteingesessenen trieb. Ehe Seligsohn den Mund zu einem Glückwunsch öffnen konnte, packte ihn der Bauer heftig

am Arm und es entspann sich eine aufgeregte Unterhaltung. Sie wurde im Flüsterton geführt, und so blieb uns ihr Inhalt unbekannt. Nur einige immer wiederkehrende Worte waren verständlich, die Worte Großmutter, Schandfleck und augenblicklich zu verschwinden.

Dann trennten sich die Beiden ohne Gruß.

Anderen Tages begegneten wir dem Abraham Seligsohn in einer Schänke unweit der tschechischen Grenze. Er starrte lange in sein halbgeleertes Limonadenglas: »Ich habe meinen Bezirk verloren!« Es klang wie ein Nachruf in Stichworten. »Guter Bezirk. Dreißig Jahre hab ich dort gearbeitet. Immer gut ausgekommen mit den Kunden. Ich habe sie reell bedient und sie haben gewußt: der Seligsohn ist kein Betrüger. Dreißig Jahre Arbeit — aus, einfach aus! Und die Frau und die Kinder... Es war nicht meine Schuld, es war ein Unglück, ein furchtbares Unglück.«

So langsam kam es in seinen hingestotterten Worten ans Licht, das Unglück. Hatte er, der kleine Seligsohn, der anderer Leute Angelegenheiten von jeher hübsch in Ruhe ließ und noch nie in einen Klatsch verwickelt war, hatte er, gerade er das Pech haben müssen, die alte Bäuerin vom Hilligenhof sterben zu sehen? Nämlich die Großmutter des jetzigen Besitzers. »Junge,« pflegte der Großvater Seligsohn zu sagen, »Junge, wenn's was zu sehen gibt, reiß aus! Kommt ein Jud erst mal als Zeuge vor Gericht, so ist er schon so gut wie verbestraft.«

Aber konnte er denn ausreißen an jenem verfluchten Nachmittag vor fünf Monaten?

Das Gesinde auf den Feldern, der Bauer selbst im Gemeinderat — sollte er die Alte allein lassen, als er sie stöhnend auf dem Fußboden fand? Mußte er sie nicht zum Alkoven schleppen, Wasser herzuschaffen, ihre Stirn kühlen, den Buben zum Bauern nach dem Rathaus schicken? Und dann zum Doktor? — »Junge, reiß aus!« hatte der Großvater gesagt. War wohl doch am besten gewesen. So war es ihm von einem bösen Schicksal bestimmt, die Worte der Sterbenden zu hören, die eigentlich nur dem Enkelsohn galten, dem alteingesessenen Bauern im Umkreis. Als er endlich hinzu kam, war die Beichte schon zur Hälfte abgelegt, und seitdem kannte er, der Jude Seligsohn, das Geheimnis vom Hilligenhof.

Seitdem wußte er, daß die Alte zugewandter Zigeuner Kind war. Sie kam mit ihren Gefährten im Wohnwagen an. Vor 70 Jahren. Kein Wort Deutsch konnte sie. Aber blank und schwarzäugig, wie sie war, gefiel sie dem jungen Bauern. Genau so sah der aus wie heute der Enkel. Gute Zeiten! Glückliche Zeiten! Nur die Nachbarn nannten sie im Anfang eine Hergelaufene, einen Bastard gar. Jüdischer Vater aus Galizien, sagten sie, man siehts am Haar und an den Lippen. Als ihnen die Faust des Bauern unter die Nase fuhr, wurden sie still. Gute Zeiten! Nur der Geburtsschein — nein, der war nicht verlorengegangen, wie die nageleue Stammrolle aus dem Jahre 1935 behauptete, der war auch nicht beim großen Kirchenbrand zu Asche geworden. Es gab gar keinen Geburtsschein. Und ihr Vater? ... Aber hier wurden die Worte der Sterbenden schon undeutlich, das Todesröcheln verschlang sie. »Uneheliche

verstanden die beiden noch, die an ihrem Lager standen. Der Bauer und der Jude.

Er, Abraham, hatte auf Ehre keinem Menschen ein Sterbenswörtchen verraten. »Reiß aus, Junge!« Er schwieg wie die Erde, die das Grab der Alten deckte. Aber der andere, der konnte nicht schlafen. Alteingesessener Erbhofbauer, Stolz der ganzen Provinz, ein paar hundert Kilometer im Umkreis der Reinblütigste, vom Führer selbst mit einem echten Handschreiben ausgezeichnet! Und nun die Schande! Ein Jud als Mitwisser! Einmal pfiff abends am Seligsohn eine Kugel vorbei, ein verrirres Geschoß, das wohl sicher den Spatzen galt. Dicht beim Hilligenhof, aber er wollte um Gotteswillen nicht behaupten, daß etwa... Na, und heute hatte es ihm der Bauer auf den Kopf zugesagt: Er sei ein Verleumder. Und Juden wären längst schon unerwünscht, besonders solche, die mit heiligem, deutschen Saatgut schachtelten. Wenn der schwarze Schandfleck des Bezirkes nicht vorzöge, eilends zu verschwinden, so gäbe es Mittel und Wege. Er, der Alteingesessene werde dafür sorgen, daß ihm sein sauberes Handwerk gelegt würde. Deutschland sei einzig und der Streicher nicht weit.

So erzählte der Abraham Seligsohn.

Am Abend war ganz Hilligenhof illuminiert. Der Bauer saß an der Spitze der langen Tafel, hatte die Tracht des Landes angelegt und mußte mit jedem anstoßen. Die Jugend tanzte — unter Aufsicht des blondbärtigen Oberlehrers — nach altem Brauchtum um die Linde. Und der Gaukler hielt eine Rede, die selbst den verstocktesten Tagelöhner rühren mußte. »Alter Adel, Adel der Arbeit und

# Brief an einen Mittelständler

Jeder dritte Mittelständler ein Fälscher, jeder zehnte ein Betrüger!

Lesen Sie das »Hamburger Fremdenblatt«, vom Dienstag den 18. Juni, Nr. 167, Seite 11 —, dort ist der Bericht über eine Rede, die der nationalsozialistische Staatssekretär Reinhardt, eine besondere Nummer im Staatsstall, vor 1700 Reichsteuerbeamten öffentlich in Dresden gehalten hat. Da heißt es fett gedruckt:

»Zur Zeit seien von den Betrieben, bei denen die Buchhaltung nicht durch kaufmännisches Personal, sondern durch den Betriebsführer, seine Ehefrau oder andere Verwandten erledigt würden (das ist also auch Ihr Betrieb!), etwa 5 Prozent in Ordnung. Bei 85 Prozent würden die Bücher unordentlich geführt 30 Prozent gaben bei der Voranmeldung der Steuerzahlung wahrheitswidrig zu niedrige Beiträge an. In 10 Prozent der Fälle würden zu Täuschungszwecken »doppelte Bücher geführt.«

So ein nationalsozialistischer Hocheinkommenbezieher mit Dienstauto, Pensionsberechtigung, Wohnungsgeld, Staatssekretär, Zeitschriftenherausgeber, Vortragshonorarstecker und Nebenverdiener stellt sich hin und beschimpft amtlich den ganzen Mittelstand. Dabei hat der Mann früher schulentlassenen Mädchen in Ilmenau Schreibmaschinenunterricht beigebracht und nannte sich

deswegen »Handelsschuldirektor«, das ist seine ganze »Vorbildung!«

Daß die Mittelständler nahezu ausnahmslos Buchfälscher und Steuerhinterzieher, zum mindesten aber Buchhaltungslieberjane seien, das wird vom Staatssekretär öffentlich den Steuerbeamten mitgeteilt. Nun brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie bei ihrer Steuererklärung auf den Finanzamt von jedem Federhalterhengst und Aktenbock wie Pack und Dreck behandelt werden.

Hat denn der Herr Staatssekretär auch etwas über die Steuerscheu der reichen Leute gesagt? I wo! Feine Leute sind immer anständig. Man wird doch niemand angreifen, mit dem man alle Tage zusammen ist und ist. Außerdem haben die feinen Leute noch von Herrn von Papen her so merkwürdig gute Verbindung nach oben. Wenn man die angreift, weiß man nicht, ob am nächsten Tage ein saftiger Wischer von »irgendwoher« wirksam wird oder ob man beim nächsten 30. Juni ausgelöscht wird.

Sie nehmen uns sicherlich nicht übel, wenn wir sie trotz der offensichtlichen Beleidigung, die ihnen zugefügt worden ist, nicht bemitleiden. Das haben sie redlich verdient, daß sie jetzt als Steuerdrückeberger öffentlich gebrandmarkt werden. Sie haben ja diese Regierung in den Sattel gesetzt. Und nur die größten Kälber wäh-

len Ihre Schlichter selber — so sagt wenigstens der Volksmund!

Aber: wie wäre es, wenn die kleinen Geschäftsleute einmal verlangen würden, daß das Gesamteinkommen der oberen Nazibonzen, der vielen Ober-, Mittel-, Unter-, Haupt-, Neben- und Zwischenführer von der Steuerbehörde gründlich nachgeprüft wird? Wir meinen auch alle Nebeneinnahmen an Spesen. Und dann müßte mal festgestellt werden, wie oft die Herren eigentlich in ihren doch schön eingerichteten Büros sitzen. Meist sausen sie im Auto oder Flugzeug durch ganz Deutschland und schlagen auf Festplätzen und bei Paraden »Arbeitsmühschichten«, bilden »Fronten« und »ringen um die Zukunft«. Meist kommt dabei nur viel Benzinverbrauch heraus — den sie mit bezahlen müssen.

Wilhelm von Hohenzollern enthüllte immerfort Denkmäler, jetzt werden egalweg mit dem Maule Heidentaten verrichtet. Da werden die Steuerbeamten auf den Mittelstand gehetzt und der ehrlich arbeitende Geschäftsmann, der keine Zeit hat, immerfort den Paradebauch herauszustrecken, der wird gemolken.

Den Großen die Rosinen, den Kleinen der Dreck, das ist der nationalsozialistische Staat!

## Sie werden international!

Die Naziertei für internationale Wirtschaftsregelung

Sie werden international!

Das Dritte Reich braucht theoretische Verschleierungen seiner wirtschaftspolitischen Pläne, drum greift die Nazipresse mit Begeisterung zu einer neuen Schrift E. G. Kolbenheyers, die »Arbeitsnot und Wirtschaftskrise« biologisch erklären will. Denn bei der Biologia endet doch die Verantwortlichkeit des Systems, nicht wahr? Aufschlußreicher als Kolbenheyers braune Geschichtsphilosophie ist die tönende Würdigung, die sie in den Naziblättern erfährt. Die Preußische Zeitung nennt die Schrift einen »Mahnruf an die Männer der Wirtschaft«, worunter die in allen Ländern gemeint sind. Also ein internationaler Mahnruf. Man höre:

»Die Führer der weißen Menschheit aber stehen rat- und planlos vor dieser überwältigenden Bevölkerungszunahme und ihrer grausamen Folge, der Arbeitslosigkeit.

Sie zu beheben, ist es nicht mit autarken Maßnahmen und Rettungsgriffen einzelner Völker und Staaten getan. Allererste Voraussetzung ist die Beseitigung des Versailler Diktats und seiner es fortsetzenden Abmachungen und Pakte, die jegliche gemeinsame Abwehr und Rettungsmaßnahme überweltlichen Umfangs unmöglich machen. Nur solche gemeinsamen überweltlichen Maßnahmen aber können helfen, denn Arbeitsnot und Wirtschaftskrise sind

längst nicht binnenvölkischer Art, sie sind — wie das gesamte Arbeits- und Wirtschaftsleben unserer Gegenwart — in eine überweltliche Form »hineingewachsen.«

Und damit kein Irrtum über die neue Fahrtrichtung aufkommen kann, heißt es am Schlusse der Besprechung in Sperrdruck:

»Darum gehört Kolbenheyers neue Schrift in die Hand eines jeden, der heute an verantwortlicher Stelle im Wirtschaftsleben tätig ist, und dies nicht nur in Deutschland, sondern überall dort in der Welt, wo ehrliche Kräfte aufrichtig und ohne Haß bemüht sind, aus dem Wirtschaftschos zu einer neuen fruchtbareren, völkerverbindenden Ordnung des Wirtschaftslebens zu kommen.«

Göbbels Zensur hat diese Schrift erfreut starten lassen. Welche Wunder, welche Zeiten! Ein Wörtchen soll die Schwengung verhüllen: »überweltliche heißt international, international! Die Nazis fordern in ihrer Not internationale, völkerverbindende Regelung des gesamten »Arbeits- und Wirtschaftslebens.« Der Autarkieschwindel, der vom »nationalen Sozialismus« und von der starken Nation, die am mächtigsten allein ist — sie brechen zusammen. Umfalltheorien her! Und wieder stehen sie vom Marxismus, denn

friedliche, völkerverbindende, internationale Wirtschaftsplanung gehört seit Jahrzehnten zu den Kernstücken unseres Programms. Diesen überweltlichen Internationalismus haben die Hitler als Volks- und Landesverrat beschimpft! Den haben sie für alle Nöte verantwortlich gemacht! Den wollten sie mit Stumpf und Stiel ausrotten, samt seinen Anhängern! Uebervölkische Regelung — das also ist endlich, nach zwei Jahren Kurpfuscherlei, ihr Geheimrezept?! Welch ein schamloser, betrügerischer Bankrott!

Vor vier Jahren hat schon Mussolini in seiner Klemme öffentlich bekennen müssen, daß Krise und Krisennot nur durch internationale Planwirtschaft zu bekämpfen sei. Die Hitlerer mußte erst sämtliche deutschen Kredite, Rohstoffe und Exportchancen verwirfachen, ehe sie im Sumpfe der verachteten Inflation dieselbe marxistische Erkenntnis von sich stöhnte. Welch ein Bankrott!

## Der Kriegsgott

Nach außen hin hält Hitler Friedensreden, dem Volk aber wird von den braunen Mohammeds der kriegerische Massenmord geradezu als religiöse Tat gepredigt. In einer Kundgebung der Ortsgemeinde Königberg der Deutschen Glaubensbewegung sagte der Reichsredner P. Trinius-Wiesbaden (laut Preussischer Zeitung):

»Nur eine wirkliche Sünde kenne der Deutschgläubige: Die Sünde wider

das eigene Blut und Volk; jede andere Schuld sei grundsätzlich sühnbar, und zwar nicht durch die Gnade, sondern durch die eigene Tat! Wenn der deutsche Mensch niemals hundertprozentiger Christ geworden ist, so liegt das daran, daß bei ihm das rassistische nordische Bewußtsein stärker war. Der Deutsche Glaube lehne entschieden jedes Dogma ab, er fordere von jedem Deutschgläubigen den Glauben an das Starke, Tapfere, Schöne, Edelmütige (z. B. gegen wehrlose KZ-Gefangene. Red. d. »N. V.«) und vor allem an das Heilige. Dieser Glaube müsse durch die Tat bewiesen werden. Der deutschgläubige Mensch lehne auch jedes Mitteltum zwischen sich und Gott ab, denn der arische Mensch sei unmittelbar. Die Deutsche Glaubensbewegung kämpfe für ein heiliges germanisches Reich deutscher Nation.«

Also: Menschen anderer Nation trotztschlagen, ist in keinem Fall eine Sünde, sondern es ist sogar nötig für das »heilige germanische Reich« — von Skandinavien bis zur Save und Adria. In dieser Deutschen Glaubensbewegung wirken maßgebende Führer der NSDAP. Zu ihr gehört auch der Naziskribent Werner Helwig, der in einem chorisch aufgebauten Requiem singt:

»Du heiliger Krieg, erhabener Krieg, lasse uns eingehen in deine prunkenden Greuel mit all unserer schweren uferlosen Sehnsucht, laß uns zerschellen an dir, Krieg, lasse uns siegen!« Hitler aber hält nach außen Friedensreden!

## Blubo-Logik

Ein paar deutsche Bühnen haben es gewagt, des greisen Spotters Shaw neue Komödie »Die Insel der Ueberraschungen« ihrem Publikum vorzusetzen, das die von Göbbels verordneten dramatischen Brechmittel (Marke »Blubo«) absolut nicht mehr schlucken will. Darob ereifert sich in dem Blatt des Blubo-Papstes Will Vesper ein Herr namens Kiessig:

... da es sich um ein ausländisches Stück handelt, ist es für die deutsche Bühne überflüssig. Dieser Eindruck verstärkt sich noch dadurch, daß die zahlreichen bissig-ironischen Seitenhiebe Shaws fast nur auf das politisch-aktuelle Leben Englands gemünzt sind, uns also überhaupt nicht betreffen.«

»Wenn Shaw also kein Ausländer wäre, und wenn er seines Witzes Waffe nicht gegen England, sondern gegen das Dritte Reich wenden würde, wäre sein Stück in Deutschland willkommen. . .

Wollte Herr Kiessig das sagen? Nein, er wollte nicht. Aber er sagte es! Die Herren Blubo-Kritiker sind nämlich nicht einmal intelligent genug, ihren eigenen Vollquatsch präzise auszudrücken!

## Noch nicht laut genug

Ein Inserat in einer Weimarer Zeitung: »Kommandostimmen. Auf Grund von Spezialstudien und langjähriger Erfahrung als Stimmbildnerin habe ich mich entschlossen, der Stimmkrise unserer Zeit . . . Rechnung tragend, mich besonders mit der Ausbildung von Kommandostimmen zu befassen. Der elastisch wachsende Ton ist das Ziel.«

Von der Kommandostimme bis zur Sargindustrie — Aufrüstung der gesamten Nation!

der Scholle. Reines, gutes Blut, deutsch jeder Tropfen in den Adern. . .

Der Bauer saß dabei, und sein Gesicht blieb unbewegt, wie sich für markige Menschen der Scholle gehört. Was ging hinter der breiten Stirne vor? Dachte er vielleicht daran, daß viele hundert Erbhofbauern im Reich ihm selbst ganz ähnlich seien? Und ihre Großmütter wahrscheinlich der seinen? Vielleicht kam es ihm vor, als stimme irgendetwas nicht bei der ganzen Sache. Niemand weiß das. Niemand weiß genau, was Erbhofbauern denken, wenn sie Jubiläum feiern.

Zur selben Stunde aber ging nicht weit vom Jubiläumshof ein kleiner Jude über die Grenze, um nie wieder ins Land seiner Väter und Großväter zurückzukehren. »Abraham Seligsohn« las der Beamte laut und drückte den dicken Stempel wie einen Schlußpunkt in den Paß.

## Braunkunst

»Nicht besonders erfreulich. . .«

Durch die Nazipresse geht ein Korrespondenzartikel, der sich mit den miesen Ergebnissen der verflochtenen Theater-Spielzeit beschäftigt und konstatiert:

»Wir haben also Gelegenheit einer rückschauenden Wertung. Sie ist nicht besonders erfreulich. Das verheerende Ergebnis der Konjunkturwelle über Schreiber und instinktueller Theaterleiter hatte im vergangenen Jahre eine natürliche Reaktion bewirkt: indem nämlich nun plötzlich jedes nationalsozialistische Theater aus Angst vor dem Vorwurf konjunktureller Absichten vermieden wurde. So bekamen die Spielpläne der meisten deutschen Theater vornehmlich in den füh-

renden Theaterstädten ein farbloses und bekenntnisloses Gesicht.«

Also wirkliche nationalsozialistische Dichtung her, denn Göbbels Reichstheaterwochen haben zuviel Krawalle gemacht:

»Staat und Bewegung haben hunderttausende Deutsche als neue Theaterbesucher mobilisiert. Das deutsche Theater und das deutsche Volk sind überall und von allen Seiten zusammengeführt worden. Welch furchtbarer Rückschlag droht, wenn diese gewaltige Popularisierung des Theaters durch das Versagen des Theaters mit einer Enttäuschung endet! Sie darf nicht eintreten. . .

Und wie muß das neue deutsche Drama aussehen? So etwa:

Sel es im Heltieren wie im Ernstern, sei es in den traditionellen Räumen unserer Theater wie auf den neuen und alten Thingplätzen und Freilichtbühnen — muß das deutsche Drama ein Ruf zu den Lebensgesetzen unserer Nation werden. Das deutsche Theater muß wie Volk und Staat nationalsozialistisch werden. Nationalsozialistisch nicht im Wort, in der Farbe, im leeren Lippenbekenntnis, sondern durch die Verkündung einer Welt, in der Volkstum in Humor und Fröhlichkeit, in Pflichtbewußtsein wie in Treue, in der soldatischen Haltung und im gemeinschaftsbewussten Opfersinn als einzige und große Gesetze unseres Lebens gültig sind. So geht das weiter, so geht das Gesetres unaufhaltsam weiter, immer im Kreise, immer dieselben leeren Phrasen, indes Dichter wie Theaterleiter verzweifelt die Hände ringen. »Humor und Fröhlichkeit« — erst können vor Lachen!

Weg mit dem Innentheater!

Schon mehren sich die Stimmen, die alle Hoffnungen auf eine Renaissance des »Innentheaters« aufgeben. Ein P. Wilhelm von Schramm hat ein Buch herausgebracht, in

dem er nur noch das Freilicht- und Thingspiel gelten lassen will. Der Mann gebärdet sich gleich so rabiat, daß Göbbels Kunstmamelucken die Haare zu Berge stehen. Ein norddeutsches Naziblatt nennt das Buch eine demagogische Anreizerei (denn die Jungen sind fürs Thingspiel!) und donnert:

... so ist es andererseits nicht minder billig, das gesamte Innentheater summarisch einfach abzulehnen, weil es augenblicklich angebrachter erscheint, mit byzantinischer Liebedienerei für das Freilicht- und Thingspiel eine — allerdings sehr zweideutige und zweifelhafte — Lanze zu brechen. . .

Mehr noch als dies ist aber die Befürchtung zu hegen, daß Wilhelm von Schramm in früheren Tagen, wenn vielleicht auch kritisch, bestimmt von der Notwendigkeit der Innenbühne überzeugt war und daß seine Anschauungsänderung mehr einem äußerlichen als innerlichen Bedürfnis entsprang. . .

Dann wird dem Autor seine streberische Ignoranz vorgehalten:

»So ist es denn mehr als lächerlich, zu behaupten, das Drama des Innentheaters und damit das Innentheater selbst könne keine politischen, allgemeingültigen, volksgemeinschaftlichen wie nationalen Probleme lösen. Wenn also Seelenkampf, also inneres Ringen, gleich Dekadenz gestellt wird, muß man sich wohl oder übel vor so viel Dekadenz beugen. Mit solch einer heroischen Phrasologie werden auch Fragen der Kritik, der Spielplangestaltung, der Dramaturgie, Fragen des Bühnenverlegerwesens und der Autorenschaft behandelt. Der zitierte »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« schloß aber eine persönliche Anbiederung als Kritiker für Freilicht- und Thingspiele nicht aus.«

Dieser Autor verflucht endlich auch die These, daß der blonde Schauspieler wertvoller sei als der schwarze, was im Thing-

spiel besonders zu beachten sei. Der Rezensent nennt diese These »eine solche Blasphemie am Wesen der Kunst und Kultur. . . daß man das Buch empört weglegt.« — Warum so heftig? Die Jungen wollen doch nur, daß endlich der wirkliche germanische Umbruch erfolgt, von dem ihnen vor Tisch so viel versprochen wurde.

Zwölf Schöpfer und ein Drehbuch.

Mit einem Autorenskandal beschäftigte sich kürzlich das Berliner Landgericht. Aus einer Zivilklage ging hervor, daß für den von der Bavaria-Film-AG. hergestellten Hans-Albers-Film »Peer Gynt« ganze zwölf an der Abfassung des Drehbuchs beteiligte (oder soll man sagen: mitschuldige?) Autoren mit insgesamt 53.000 Reichsmark honoriert worden sind. Und zwar handelt es sich dabei um drei »Hauptverfasser« und neun weitere »schöpferische Mitarbeiter«.

Als es zur Klage kam, meldete sich mit einem Beteiligungsanspruch ein Dreizehnter, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die gesamte Honorarsumme noch etwas zu erhöhen. Er war bei der Beuteverteilung offenbar geschnitten worden und behauptete, von ihm und von niemand sonst stamme die Idee zum Peer-Gynt-Film. Demnach wäre er sozusagen der vierte »Hauptverfasser«.

Wenn das in der Demokratie passiert wäre! Welch ein Geschrei über jüdische Kunstschmeichelei und liberalistische Literatenkorruption! Für eine Filmidée samt Drehbuch werden im Durchschnitt fünf- bis sechstausend Mark gezahlt — für das Gemanache der Dreizehn wurde das unerhörte Autorenhonorar von 53.000 Mark verpulvert! Wieviel Braune mußten dabei bestochenerweise mitgeschleppt werden?! B. Br.

# Arbeiter-Opposition

Alle Berichte aus Deutschland bestätigen unsere mehrfach betonte Auffassung, daß die Arbeiterfrage den größten Unsicherheitsfaktor für Hitler darstellt. Es war dem Nazi-Regime möglich, seinen Frieden mit den kapitalistischen Mächten zu schließen und die bürgerlichen Rebellen von gestern zu beruhigen. Dagegen ist die Anerkennung, die noch vor einigen Monaten auch in Arbeiterkreisen für Hitler gelegentlich zu finden war, fast restlos verschwunden. Die erwachende Aktivität der Belegschaften stützt sich auf eine zweijährige Erfahrungspraxis mit dem deutschen Faschismus, paßt sich den Gewaltmethoden durch stärkere konspirative Haltung in der Bewegung an und zeigt ein wachsendes Maß von Stetigkeit. Die Volks- und Betriebsgemeinschaft hat deshalb in den letzten Wochen merkwürdige Risse bekommen. Diese Ansätze von Arbeiter-Opposition sind dem Regime nicht verborgen geblieben. Es beginnt zu erkennen, daß Propagandalügen von der Ueberwindung des »Klassenkampfes« nicht mehr ausreichen, die Massen für Adolf Hitler zu gewinnen und zu halten. Der Rückmarsch der deutschen Arbeiterklasse ist zum Stillstand gekommen. Die ersten Ansätze der Selbstbesinnung der Arbeiter in den Betrieben auf ihre eigene Kraft können auch von der gleichgeschalteten Arbeitsfront-Presse nicht mehr völlig verschwiegen werden.

Der »Grundstein« bringt unter großer Aufmachung einen Leitartikel »Ist die Betriebsgemeinschaft im Baugewerbe möglich?« Er meint zwar einleitend, daß das Wort »unmöglich« in seinem Wörterbuch nicht existiert, sagt aber weiter: »Nein, wir werfen die Frage auf aus dem einzigen Grund, weil wir nicht weltfremde Phantasten sind, sondern weil uns bei der Problemstellung einer Aufgabe durchaus alle Schwierigkeiten alle Hindernisse zum Bewußtsein kommen. Nicht indem man vor den aufsteigenden Problemen den Kopf wie der Vogel Strauß in den Sand steckt, kann man sie bewältigen.«

Er meint dann, daß es nicht genügt, wenn die Betriebsgemeinschaft auf Kameradschaftsabenden sich dokumentiert, denn

»so begrüßenswert diese Taten sind, sie allein sind es nicht, die die Betriebsgemeinschaft ausmachen. Es muß mehr hinzukommen.«

Er bespricht die noch herrschende Betriebsfremdheit des Bauarbeiters und was sonst zur Betriebsgemeinschaft noch völlig fehlt und schließt nachdenklich: »Glaube niemand, daß wir uns dessen nicht bewußt sind.«

Was das Organ der Arbeitsfront für die Bauarbeiter ausspricht, gilt für alle übrigen Berufe. Die neuen Solidaritätsansätze der Arbeiter zeigen sich vor allem in den Großbetrieben der verschiedenen Industriezweige. Die letzten Monate haben, bei den Vertrauensratswahlen, bei der faschistischen Maiparade und in zahlreichen Betriebsaktionen eine Wendung vom unbedingten Dulden zum kollektiven Willen erkennen lassen.

Die unmittelbaren Ursachen dürften in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein. Die Methode der mit Staatszuschüssen finanzierten Arbeitsbeschaffung hat sich nicht aufrecht erhalten lassen. Die Unternehmer sind gezwungen, wiederum zur Selbstfinanzierung ihrer Betriebe überzugehen und sie sind entschlossen, die Kosten auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Es ist teils der offene Lohnabbau, der als Auskunftsmitglied gewählt wird, meist aber eine neue Lohnberechnung, mit der derselbe Zweck erreicht wird. Neue Kalkulationsmethoden segeln unter dem Motto »Rationalisierung«. Ein unerhörtes Hetztempo in der Arbeit wirkt sich in sinkenden Akkordsätzen aus. Soweit gelegentlich noch kleine Lohnregulierungen zugelassen werden, betreffen sie neuerdings die am schlechtesten Entlohten. Dagegen ist die zeitweise günstigere Lohnentwicklung der qualifizierten Arbeiter in den Rüstungsbetrieben abgebremst worden. Die bisher vielfach sehr große Lohn-differenzierung zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern hat so einer wachsenden Nivellierung der Löhne weichen müssen.

Die zunehmende Aktivität muß als Folge der wieder erwachten Klassenolidarität gewertet werden. Es kommt hinzu, daß die neu eingestellten Nazis ihre Begeisterung für die Volksgemeinschaft längst verloren haben. Die geschulten, früher gewerkschaftlich organisierten Arbeiter rücken wieder näher aneinander. Ihr Zusammenschluß ist in vielen Vorgängen in den Betrieben unverkennbar. Eine Reihe von Maßnahmen des Regimes tun das ihre, die Klassenfront zu schließen. Eine solche Maßnahme ist die »Betriebsnachschulung«. Arbeitslose, die wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden, sollen nach diesem System zunächst auf vier Wo-

chen die reguläre Beschäftigung als »Schüler« gegen eine Entschädigung leisten, die dem Betrag der Arbeitslosenunterstützung zuzüglich eine Mark täglich leisten. Nach Feststellung ihrer »Eignung« erhalten sie nach Ablauf ihrer »Schulzeit« die Sätze des Mindesttariflohnes. Diese ausgeklügelten Ausbeutermethoden tragen mit dazu bei, die Mißstimmung in den Betrieben zu vermehren.

Das Regime sucht der Arbeiteropposition auf zwei Wegen zu begegnen. Einmal ist es das Mittel des brutalsten Terrors, mit dem augenblicklich im Dritten Reich gegen jeden früheren Gewerkschaftler gewütet wird, den man für die wachsende Betriebsaktivität glaubt, verantwortlich machen zu sollen. Zum anderen beginnen Ley und seine Skribenten wieder einmal eine schärfere Sprache gegen die Unternehmer zu führen, um den Belegschaften einen Kurswechsel vorzutauschen.

Auf der Amtseleitertagung in München, die Ende Juni stattgefunden haben muß, hat Ley neue von den bisherigen abweichende Formulierungen über die Gesamtaufgaben von Partei und Arbeitsfront gemacht. Ley führte unter anderem aus:

»Denn wenn aus der Partei systematisch jede Art von Interessenvertretung grundsätzlich ferngehalten wird, so ist die Deutsche Arbeitsfront die Organisation, in der die Interessenverwahrung in klare Bahnen und in strengen Rahmen der Gemeinschaft gelenkt wird. Wie der Staatsapparat aus gesetzgebende Körperschaft, als Exekutive das Volk betreut, so ist die Arbeitsfront als nationalsozialistische Gemeinschaft gewissermaßen die Selbstverwaltung der arbeitenden Volksgenossen.«

Diese neue Deklaration der Arbeitsfront als Interessenvertretung der arbeitenden »Volksgenossen« steht im klaffenden Widerspruch mit den Ankündigungen, die Ley auf derselben Tagung über die Organisationen der zu errichtenden Wirtschafts- und Arbeitskammern gemacht hat, deren Aufbau jede Vertretung der Arbeiterinteressen ausschließt und die Arbeitsfront restlos unter das Kommando der Unternehmer stellt. Die Rede Lays ist aber symptomatisch für die Unsicherheit, mit der dieser »Arbeitsführer« in den Arbeiterfragen herumtascht, um den Belegschaften noch irgend welche beruhigende Mitteilungen machen zu können. Die Arbeiter freilich hören nicht mehr auf Worte, sondern wollen Taten sehen.

Die Arbeitsfront ist völlig hilflos und glaubt über ihre Betriebschwierigkeiten hinwegzukommen, indem sie längstlich nach marxistischen Elementen in den Betrieben

forstet, um sie auszumerzen. Sie muß dabei freilich beobachten, daß diese »Störenfriede« nicht weniger werden wollen, sondern umgekehrt täglich mehr zu werden scheinen. So wird der Arbeitsfront ein neuer Warnungsruf zur Verbreitung gegeben, mit dem man endlich Ruhe zu schaffen glaubt: »Sekten haben in den Betrieben nichts zu suchen.«

Unter dieser Überschrift wird auszugswise über verschiedene Arbeitstagen berichtet und darauf verwiesen, daß es nicht mehr geduldet werden könne, »daß in den Betrieben noch Menschen tätig sind, die nicht zur DAF gehören«. Dann heißt es wörtlich:

»Solche Störenfriede kommen besonders aus dem Lager der Bibelforscher, die als nichts anderes zu bewerten sind, als eine Fortsetzung der landes- und volksverräterischen marxistischen Parteien. Menschen, die beim Singen des Horst-Wessel-Liedes oder beim Gruß an den Führer nicht mitgrüßen wollen oder die behaupten, aus Gründen ihres Glaubens nicht der DAF beitreten zu können und durch andere Sabotageakte die Gemeinschaft in den Betrieben stören, müssen aus den Betrieben entfernt werden. Die Deutsche Arbeitsfront wird es nicht dulden, daß sich in den Betrieben irgendwelche Konfessionsnetze breitmacht.

Dann folgen die üblichen Drohungen der Treuhänder, aber wahrscheinlich gibt es schon zu viel »Bibelforscher« in Deutschland, um sie alle entfernen zu können, ohne daß Störungen des Fortganges der Betriebe zu befürchten sind.

Aber welches auch immer die Gespenster sein mögen, die Ley und Genossen den friedlichen Schlaf zu rauben scheinen, die bisherigen Mittel wollen nicht fruchten. Die Betriebsaktivität läßt sich offenbar mit Gewalt ebenso wenig bannen, wie mit falschen Versicherungen vom künftigen sozialen Verständnis der in die Arbeitsfront kameradschaftlich eingereihten Unternehmer-Volksgenossen.

Der Geist klassenmäßiger Verbundenheit ist stärker als die Waffen der faschistischen Unterdrücker. Der sozialistische Geist in der denkenden Arbeiterschaft bildet das eiserne Korsett, das Ley weder mit Gewalt noch mit List zu brechen in der Lage ist. Die Arbeiter — das ist ein Zeichen der veränderten Lage von heute — warten nicht auf Hilfe von anderen Volksschichten, sondern sie haben sich auf die eigene Kraft besonnen. Sie wollen warten, bis der Faschismus sturmreif geworden ist, aber sie beginnen sich mit unerschütterlichem Willen ein Ziel zu stecken, das in jeder noch so kleinen und befristeten Betriebsaktion immer wieder sichtbar wird.

## Das deutsche Volk bezahlt die Zeche

### Berliner Handelskammer warnt vor weiterer Jugendverdummung

Die Herren Industriellen, die Spitzen des Handels und Gewerbes sehen es in ihrer Mehrzahl recht gern, wenn die jungen Leute gedrillt werden. Wer seine Freizeit fast ausschließlich mit marschieren und exerzieren verbringt, kommt nicht so leicht auf »dumme Gedanken« — z. B. auf den Gedanken, daß die neudeutschen Löhne in dem Maße fallen, wie die Dividenden steigen. »Da ist wieder Schmiß drin!« pflegen die Chefs zu sagen, wenn ihre jungen Untergebenen, Kopf hoch und Brust raus, vorbeimarschieren. Neuerdings scheint sich diesem Wohlwollen indes eine leise Bedenklichkeit zu gesellen. Es zeigt sich nämlich, daß man nicht zweien Herren dienen, daß man nicht von früh bis spät Soldat spielen und gleichzeitig etwas Geschicktes lernen kann. Der Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, Dr. Hoffmann, ringt die Hände über das Ergebnis der diesjährigen Kaufmanngehilfenprüfung in Berlin:

»Obwohl sich die Prüfer mit wenig Ausnahmen auf die geringsten Anforderungen beschränkten und noch andere Rücksichten nahmen, bestanden von den Lehrlingen 12 Prozent die Prüfung nicht!«

Was die jungen Leute in ihren Berufs- und Handelsschulen eigentlich gelernt haben, scheint Herrn Dr. Hoffmann nicht ganz klar zu sein. Uns ist es klar: Sie haben gelernt, gute Untertanen der braunen Dynastie zu sein, sonst nichts. Daß dabei die Fachkenntnisse zu kurz kamen, daß, wie der Syndikus feststellt, »sogar die wichtigsten Grundsätze der Rechtschreibung, Satzlehre und Zeichensetzung unbekannt« blieben, wundert uns durchaus nicht. Wir lesen in dem Gutachten weiter:

»Auch in warenkundlicher Hinsicht war ein großer Teil der Lehrlinge ungenügend ausgebildet... Die wenigsten waren in der

Lage, einen einfachen Geschäftsbrief abzufassen. Die Zahl der ungenügenden Prüfungen hätte sich verdreifacht, wenn die Gesamtleistung auf Grund mangelhafter schriftlicher Leistungen als »nicht ausreichend« bezeichnet worden wäre.«

»Die Zahl der ungenügenden Prüfungen hätte sich verdreifacht« — das heißt statt 12 Prozent hätten 36 Prozent nicht bestanden, jeder dritte Prüfling wäre durchgefallen. Aber man ließ offensichtlich Milde walten, oder, wie der Syndikus es ausdrückt, man nahm noch andere Rücksichten, denn gerade die Kenntnisärmsten dürften ihre Partelpapiere tadellos in Ordnung gehabt haben, und mancher »junge alte Kämpfer« mag darunter gewesen sein. Ein kleines Beispiel, daß Dr. Hoffmann anführt, beleuchtet das Niveau des kaufmännischen Nachwuchses. Ein ganz Gescheiter bezeichnete seine eigene Branche als »Deckstiehl-Industrie«.

Uebrigens liefert das Gutachten selbst den bündigen Beweis dafür, daß der Exerzierplatz an dem beschämenden Ergebnis schuld ist. Bekanntlich werden die Mädchen weniger ins Joch des militärischen Drills gespannt, als die Jungen, und siehe: Sie hatten mehr Zeit zum Lernen und sie lernten mehr. 1265 Prüflinge stiegen ins Examen. Es erhielten das Prädikat »sehr gute«: zwei Burschen und drei Mädchen, mit »gute« bestanden 121 Burschen und 212 Mädchen, mit »genügende« 227 Burschen und 555 Mädchen. Gibt es eindeutige Beweise für die verheerende Wirkung des Landknechtslebens auf den Geist der männlichen Jugend im Dritten Reich?

Die Handelskammer Berlin stellt sich spät aber doch — auf den richtigen Standpunkt, daß gerade die Schule die nationale Pflicht habe, ihre Absolventen mit einem Maß von allge-

meinem Wissen zu entlassen, daß die Aufgaben des Einzelhändlers in der Lehrlingsausbildung erleichtert.

»Andernfalls bezahlt das ganze Volk mit seinen Einkommen die Zeche.«

Jawohl, der Syndikus hat recht: Die beispiellose Verdummung des Nachwuchses wird zunächst vom Volke bezahlt. Aber das Schuldkonto bleibt bestehen, und zum Schluß wird die Rechnung denen präsentiert werden, die an dem unvermeidlichen geistigen Zusammenbruch schuld sind und die sich heute noch hinter Bajonetten verschanzen.

## Kulturerzeugung

Das deutsche Nachrichtenbüro meldet:

»Im Zuge des Zusammenschlusses aller auf dem Gebiet der bildenden Künste an der Erzeugung, der Verbreitung, dem Absatz und der Vermittlung des Absatzes tätigen Volksgenossen und nach Vollendung des Aufbaues der durch den Präsidenten der Kammer geführten Gemeinschaft, die unter Herbeiführung einer geschlossenen nationalsozialistischen Kulturpolitik die deutsche Kultur in Verantwortung für Volk und Reich, die Verbundenheit aller in ihr Schaffenden und deren gemeinsame Mitwirkung am Werk zu fördern hat, sind die Fachverbände der kulturerzeugenden Berufe aufgelöst und ihre Vorsitzenden aberufen worden. Die Mitglieder der Verbände sind jetzt unmittelbare Mitglieder der Kammer.«

So gibt es also Volksgenossen, die Kultur und Kunst erzeugen, andre die sie absetzen und wieder andre, die den Absatz vermitteln. Das heißt: die Kunst ist dem »jüdischen Kaufmannsgeist« entrückt und ganz in die reine Sphäre nordischen Brauchtums gerückt worden. Auch der deutsche Satzbau, der reinrassige Stil, den das DNB »erzeugt«, fällt offensichtlich unter die Rubrik »Kulturerzeugung«.

## Sogar die Kataloge lügen

Die Charlottenburger Stadtbücherei hat neue Druckkataloge herausgegeben. Der Berliner »Westen« hat eigens einen Bericht-erstatler entsandt, um das Ereignis gebührend zu würdigen. Man liest:

»Stadtbibliotheksrat Dr. Jansen be-tonte unserem Mitarbeiter bei einer gestrigen Unterredung, daß die Bücherverzeichnisse einer öffentlichen volkstümlichen Bücherei im neuen Deutschland bewußt von einer verwirrenden und verworrenen Vollständigkeit absehen. Berücksichtigt und verzeichnet ist vor allem das deutsche Schrifttum, das als artelgen und artfördernd zum geistigen Besitz des deutschen Volkes werden sollte; Veraltetes und Unwesentliches ist daher fortgelassen. Von dem ausländischen Schrifttum hat Dr. Jansen nur wesensverwandte Werke aufgenommen, die im Rahmen des Verzeichnisses stehen, also vorwiegend nordische Schriftsteller.«

So dürfte also Junknickel zu- und beispielsweise Victor Hugo weggelassen sein. Die Leser sollen keine Vergleiche ziehen, denn gerade Vergleiche sind mit Recht gefürchtet.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. K5 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung K5 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K5 2.— (K5 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 3.— (96.—), Danzig Guld. 0.50 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.148. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 100.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.